:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 29.11.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kritik an Steinbach

BERLIN. Auf der Bundesversammlung des „Bund der Vertriebenen“ (BDV) am 9. November wurde Erika Steinbach (CDU) mit 97,5 % der Stimmen erneut in ihrem Amt als Präsidentin bestätigt. Auf der Ebene der Vizepräsidenten sei mit dieser Wahl der Schritt hin zum Wechsel von der „Erlebnisgeneration“ zur „Bekenntnisgeneration“ vollzogen worden. Kritik erntete Steinbach unlängst anlässlich ihrer Äußerungen zu der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Studie „Funktionäre mit Vergangenheit“, in der das Verhalten von BDV-Funktionären zur Zeit des Nationalsozialismus untersucht wurde. Steinbach hatte angesichts der NS-Verstrickungen früherer BDV-Funktionäre gesagt, man müsse diese in einem zeitgeschichtlichen Kontext sehen. „Wir wissen heute, daß quer durch alle Gesellschaftsschichten, alle Ebenen der Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Medien und Politik ehemalige Mitglieder der NSDAP Einfluß hatten.“ Steinbach selbst sah einen Bedarf an Männern „mit zuvor gesammelter organisatorischer Erfahrung“, weswegen auf NS-Funktionsträger zurückgegriffen wurde. Der Grünen-Politiker Volker Beck wies diese Aussage als „ein kindisches ‚woanders gab’s auch Nazis‘“ empört zurück. „Es ist ein typischer Versuch von Steinbach, die eigenen NS-Verbindungen schamlos zu relativieren“, so Beck. Wer vom „Bund der Vertriebenen“ „eine kritische Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit erwartet, der hält auch den Bock für einen guten Gärtner.“ Als Indiz für die NS-Kontinuitäten wertete Beck die Tatsache, daß die „Charta der Vertriebenen“ in Stuttgart unterzeichnet wurde. Einer Stadt, „welche 1936 von Hitler zur ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ erklärt worden war“. Zahlreiche Unterzeichner der Charta seien ehemalige Mitglieder von NS-Organisationen gewesen.

hma ■

NSU-Anschlag in der Keupstraße: Rassistisches Motiv wurde nicht thematisiert



Der Auftritt des ehemaligen nordrheinwestfälischen Innenministers Fritz Behrens im NSU-Untersuchungsausschuss war beschämend, anders kann man die von Erinnerungslücken und Desinteresse gekennzeichnete Vernehmung des Ministers a.D. nicht nennen. Behrens war in der Zeit des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße, im Juni 2004, Innenminister in NRW und damit für die Ermittlungen verantwortlich. Von vielen im Ausschuss werden die falschen Ermittlungen zum Bombenanschlag in Köln inzwischen als ein Schlüsselelement des gesamten NSU-Desasters angesehen. Nirgends lag die rassistische Motivation der Tat so offen zu Tage wie in Köln und nirgends fanden sich so viele Hinweise auf einen rechten Hintergrund wie hier.

BKA-Vizepräsident Maurer hatte in seiner Vernehmung vor einigen Wochen gesagt: „Selbstverständlich habe ich sofort als erstes (…) gedacht: Das ist ein fremdenfeindlicher Akt was denn sonst? -, wenn vor einem türkischen Friseurladen eine Nagelbombe hochgeht.“ Ganz anders die Ermittler in Köln. Nachdem der Anschlag direkt nach Bekanntwerden in den ersten Polizeimeldungen als „terroristische Gewaltkriminalität“ gewertet wurde, bat das Lagezentrum das LKA bereits eineinhalb Stunden nach der Tat um die Streichung des Begriffs „terroristischer Anschlag“ aus dem Schriftverkehr. Vorgegeben wurde damit eine Ermittlungsrichtung, die sich vor allem auf das Thema „organisierte Kriminalität“ und das Umfeld der Opfer stürzte und alle Hinweise in Richtung Rassismus/extreme Rechte nicht ernst nahm.

Zwar konnte der Zeuge Behrens glaubhaft machen, dass er, anders als sein Kollege Otto Schily, einen terroristischen Anschlag auch nicht explizit ausgeschlossen hatte, jedoch wurde von ihm nichts unternommen, um die öffentliche Darstellung und – wichtiger – die Richtung der Ermittlungen tatsächlich in „alle Richtungen“ zu lenken. Aus den Akten wird vielmehr deutlich, dass sich die Ermittlungen mit großer Vehemenz auf die Bewohner und das Umfeld der Keupstraße stürzten, die damit von Opfern zu potenziell Verdächtigen wurden.

→

Aus dem Inhalt:

Hinweise in Richtung Rechtsextremismus ignoriert

Wie stark von Seiten der Polizei mit einem vorgefassten Blick gearbeitet wurde wird deutlich, wenn man sich die Hinweise vergegenwärtigt, die in eine ganz andere Richtung zeigten: Von beiden Tätern liegen Videoaufnahmen (einer Kamera des Senders Viva in der Keupstr.) vor, auf denen die Personen zwar nicht genau zu erkennen sind, türkische bzw. kurdische Täter aber eher ausgeschlossen werden können. Kurz nach dem Anschlag erstellt das LKA NRW eine Fallanalyse in der die Motivation zur Tat sinnbildlich so ausgedrückt wird: „…Wir zünden die Bombe mitten in eurem Wohnzimmer – Ihr werdet euch dort nie mehr so wohl, so sicher wie früher fühlen und besorgt sein, dass das noch mal passiert." Zu den Tätern heißt es u.a.: „Abneigung gegen Ausländer", „ausländerfeindliche Aktivitäten". Mit Intensität sind diese Hinweise jedoch nie verfolgt worden. Ganz im Gegenteil. Zur öffentlichen Präsentation der Fallanalyse heißt es in einem Schreiben des Polizeipräsidiums Köln, die in der Analyse genannte „fremdenfeindliche Motivation" solle im Rahmen des Pressetermins „nicht thematisiert" werden. Minister a.D. Behrens konnte keine Auskunft dazu geben, warum genau das der Öffentlichkeit verschwiegen werden sollte. Er selber will es nicht veranlasst haben, das von ihm geleitete Innenministerium wusste aber Bescheid.

Weitere Hinweise zum möglichen rechtsextremen Hintergrund des Anschlages lagen vor. So gibt es eine Einschätzung vom Bundesamt für Verfassungsschutz zur Keupstraße, die explizit auf das Vorbild Combat 18 (eine rechtsterroristische Gruppierung aus Großbritannien) hinweist und Ziel und Machart des Anschlags in Köln als typisch für diese Form des Rechtsterrorismus darstellt. In einer umfassenden Analyse des BfV zum Thema Rechtsterrorismus aus dem Jahr 2004 wird sogar das Jenaer Trio erwähnt, das ja wegen Sprengstoffdelikten gesucht wurde.

Auf die Ermittlungen in Köln hatten alle diese Hinweise wenig bis keinen Einfluss. Dass sie der zuständige Minister nicht oder nur vom Hörensagen kannte, warf ein bezeichnendes Licht darauf, wie ernst die Aussage, man habe immer in alle Richtungen ermittelt, in Wahrheit war. Am Beispiel der Keupstraße wird deutlich, wie die Ermittlungen der Behörden von Vorurteilen gelenkt wurden und das ganz Offensichtliche nicht in den Blick geriet. Hier vor allem müssen Konsequenzen aus den NSU-Verbrechen gezogen werden.

War Wohlleben V-Mann?

Als zweiter Zeuge des Tages wurde der Bundesanwalt am Bundesgerichtshof Hans-Jürgen Förster vernommen. Herr Förster war es, der im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens im Jahr 2002 eine Liste mit Klarnamen von V-Leuten gesehen haben will, auf der sich auch der Name Wohlleben befand und dies jetzt dem Generalbundesanwalt mitteilte. Der Verdacht, Ralf Wohlleben könnte V-Person eines Dienstes gewesen sein, hat für erhebliche Aufregung und Geschäftigkeit im Innenministerium gesorgt. Sämtliche Akten das damaligen NPD-Verbotsverfahrens wurden von Herrn Förster noch einmal gesichtet, alle Ämter für Verfassungsschutz angefragt und auch möglich weitere Zeugen, die Försters Erinnerung bestätigen könnten, befragt. Weitere Belege für die Richtigkeit der Erinnerung des Zeugen konnten nicht gefunden werden, wiewohl dieser in seiner Vernehmung darauf beharrte.

Interessant war der Zeuge Förster auch aus anderen Gründen. So war er zwischen 1996 und 1998 Leiter der Verfassungsschutzabteilung in Brandenburg. In dieser Zeit und schon vorher wurde in Brandenburg ein V-Mann mit dem Decknamen Piato geführt, dessen Aussagen bei der Suche nach den abgetauchten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe 1998 eine wichtige Rolle spielte. Piato war in die Waffenbeschaffung für das Trio verwickelt und bekam Informationen aus dem Netzwerk der drei. Aufgrund von Quellenschutz wurden diese Infos jedoch nicht an das LKA Thüringen (sondern nur an den Verfassungsschutz Thüringen) weitergegeben, womit eine wichtige Spur den Ermittlern nicht bekannt wurde.

Piato selbst war 1994 zu einer längeren Haftstrafe wegen Beteiligung an einem versuchten Totschlag verurteilt worden und war auch sonst als brutaler und gewalttätiger Nazi bekannt. Dennoch wurde er 1994 vom LfV-Brandenburg als V-Mann angeworben. Der Zeuge Förster machte deutlich, dass die Anwerbung eines solchen V-Manns, den er im Amt ‚geerbt' habe, eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit gewesen sei, die politische Verantwortungsebene davon zur damaligen Zeit gar nichts gewusst habe.

Einmal mehr wurde somit die Unkontrollierbarkeit des V-Leute-Systems deutlich, dass es schleunigst abzuschaffen gilt.

Die nächsten Sitzungen des Untersuchungsausschusse finden am 29. Und 30. November statt. Weitere Infos zum Ausschuss unter:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschusse17/ua/2untersuchungsausschuss/index.jsp

Fortsetzung von Seite 1

Anschlag vereitelt

Polen/Krakow. Nach Informationen der Zeitung „Gazeta Wyborcza" ist der polnische Inlandsgeheimdienst ABW über Internet-Einträge in Foren auf den Chemiker aufmerksam geworden, der ein Attentat auf das polnische Parlament geplant haben soll. Der 45jährige Brunon K. – ein Chemie-Ingenieur, der bislang an der Landwirtschaftsuniversität in Krakow gearbeitet hatte – war bereits am 9. November festgenommen worden. Er hatte in Internetforen fachkundige Tipps zum Bau von Bomben und Zündern gegeben. Aus den Internet-Einträgen soll auch seine antisemitische Gesinnung und sein Hass auf die polnische Regierung hervorgegangen sein. Für den Mann, der an der Universität als Verschwörungstheoretiker galt, besteht die Führung des Landes nur aus Ausländern und nicht aus echten Polen. Und die Juden, die sich „nie mit nützlicher Arbeit abgegeben, sondern immer nur Geschäftchen und Wucher getrieben" hätten, stünden auch hinter dem Anschlag auf das World Trade Center in New York 2001. Im Sommer hatte Brunon K. in Internetforen dazu aufgerufen, „sich gegen diese Tyrannei zu organisieren". Es sei „Zeit für Taten". Im Besitz des Chemikers, der von dem rassistischen norwegischen Massenmörder Anders Behring Breivik fasziniert ist und sich auch an dem „Oklahoma-Bomber", dem Neonazi Timothy McVeigh, orientiert hatte, fand die Polizei diverse Mengen an Sprengstoff, Waffen, Munition, sowie Militärausrüstung und deutsche und polnische Autokennzeichen. Im Zusammenhang mit der Anschlagsplanung wurden vier Kontaktpersonen des Mannes von den Behörden verhört. Zwei von ihnen wurden festgenommen. Brunon K., so die Staatsanwaltschaft, habe die Bildung einer „bewaffneten Gruppe" geplant, die ihm bei seinem Anschlagsplan helfen sollte. Verbindungen zu anderen extrem rechten Gruppen in Polen schließt die Staatsanwaltschaft aber aus. Die Partei SLD, die sich schon vor einiger Zeit mit der „Bewegung Palikot" zu einem losen Bündnis gegen die Rechtsentwicklung in Polen zusammengeschlossen hatte, will nun mit einem Verbotsantrag erreichen, daß die „Allpolnische Jugend" (MW) und das „Nationalradikale Lager" (ONR) als faschistische Organisationen verboten werden. Die beiden Organisationen hatten erst kürzlich die Ausschreitungen während des „Marsches zur Unabhängigkeit" in Warschau organisiert.

hma ■

„Uns trennt nicht Nationalität, uns eint der Kampf gegen den Faschismus!"

Antifaschistisches Bündnis „ Porozumienie 11 listopada" solidarisch mit antifaschistischen Blockaden zum antipolnischen Aufmarsch der deutschen Nationa-

Eine weitere rechte Kandidatur:

Die „Wahlalternative 2013“

Rechtzeitig zur Bundestagswahl im nächsten Jahr hat sich eine neue Gruppierung gegründet, die im rechten Froschreich mitquaken will: Die *Wahlalternative 2013* will zur Wahl antreten, „indem wir mit einer politischen Partei kooperieren, die unsere Ziele teilt.“ Mittlerweile hat sich die Wahlalternative auf die Freien Wähler festgelegt als derjenigen Partei, die man bei Wahlen unterstützen wolle, da sie „die einzige Kraft der politischen Mitte (ist), mit der wir eine weitreichende Übereinstimmung in der Beurteilung der Euro-Rettungspolitik haben“. Bereits bei der niedersächsischen Landtagswahl Anfang 2013 soll diese Kooperation getestet werden.

Einziges Anliegen der *Wahlalternative* – wie zahlreicher ähnlicher Zusammenschlüsse wie *Bündnis Bürgerwille, Bogenberger Erklärung* oder *Aktionsbündnis Direkte Demokratie* (s. AN 7/12) – ist es, die sog. Euro-Rettungsschirme zu Fall zu bringen. „Alle anderen politischen Meinungsverschiedenheiten sind angesichts der heutigen Herausforderungen unbedeutend.“ (Gründungsaufruf)

Die Regierungspolitik wird von der *Wahlalternative* angegriffen, weil sie „deutsche Interessen“ nicht wahrnehme: „Der Euro darf nicht in Frage gestellt werden, alle Schulden müssen bezahlt werden und der Zahlmeister ist Deutschland. Deutschland garantiert die Schulden fremder Staaten, rettet fremde Banken und gibt der Europäischen Zentralbank unbeschränkte Kredite über das Target-System. Hunderte von Milliarden Euro sind von der Bundesregierung bereits verpfändet worden und ein Ende ist nicht abzusehen.“

Aus dieser Kritik speisen sich ihre beiden Hauptforderungen: „1. Deutschland wird im Einklang mit dem Maastricht-Vertrag nicht mehr für die Schulden fremder Staaten eintreten. 2. Das einheitliche Euro-Währungsgebiet wird aufgegeben.“ Es geht ihnen um eine im Sinne deutscher Konzerninteressen optimierte Verwendung „deutschen“ Geldes. Für die verarmenden Bevölkerungen der südeuropäischen EU-Staaten hat die Wahlalternative allenfalls Lippenbekenntnisse übrig – die sind ihnen nämlich ganz egal, solange sie „uns“ nichts nützen.

Unterstützt wird dieser Aufruf von PublizistInnen und v.a. von etlichen WirtschaftswissenschaftlerInne. Dabei sind auch Hans-Olaf Henkel, weitere hochrangige ManagerInnen a.D. und aus dem etablierten „Politikbetrieb“ Personen aus der dritten Reihe. Die Professoren Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty waren auch schon beim seinerzeitigen Bund Freier Bürger dabei.

Ziel: Stärkung Deutschlands

Der Angelpunkt all der neuen wirtschafts-rechten Formationen ist die Ineinssetzung der Interessen der deutschen Wirtschaft mit denen der Bevölkerung. Mit der Bundesregierung sind sie sich einig, dass diese ökonomischen Interessen die alleinige Richtschnur politischen Handelns sein müssen. Differenzen gibt es um die Frage, wie das deutsche Kapitalinteresse am wirkungsvollsten durchgesetzt werden kann.

In allen diesen Gruppierungen sind WirtschaftswissenschaftlerInnen an vorderster Front zu finden. Ihre Rolle war bisher die Politikberatung, doch ihre Position wird zunehmend in Frage gestellt, weil ihre Eignung dafür täglich von der Realität blamiert wird und ihr gesamter Prognostik-Apparat sich als nicht viel mehr als Kaffeesatzleserei erwiesen hat. Diese Wissenschaftsmandarine versuchen nun, ihren Ruf als ExpertInnen in direkten politischen Einfluss umzumünzen.

Sie treibt die Sorge um ihre Stellung an den Universitäten und in der Öffentlichkeit an, denn schon wird über eine „Krise der Wirtschaftswissenschaft“ oder gar einer „Irrtumsindustrie“ gesprochen (Handelsblatt, 19. und 25.10.). Es brauche daher eine neue Generation ÖkonomInnen. Dies und jede Menge Geltungsbedürfnis und Selbstüberschätzung, gekoppelt mit einem in diesem Land verbreiteten Nationalismus, verführt diese etablierten FachwissenschaftlerInnen zu einer politischen Abenteurerei, an der sie scheitern werden.

F ■



listen in Frankfurt (Oder)

Die heutige radikale Rechte, sowie AnhängerInnen der verbrecherischen, faschistischen und nationalistischen Ideologie, formieren sich wieder in ganz Europa. Neofaschistische Gruppierungen marschieren, attackieren und morden in Griechenland, Russland, Deutschland, Ungarn, Norwegen, Serbien sowie auch in Polen.

In den Strategien der radikalen Rechten finden sich deutliche Parallelen in den verschiedenen Ländern. Sie konzentrieren sich vor allem darauf, den öffentlichen Raum zu übernehmen, sowie ihre Gegner*innen zu bedrohen. In Polen hat die radikale Rechte ein Projekt unter dem Namen „Marsch der Unabhängigkeit“ ins Leben gerufen, um die nationalistische Front zu stärken und ihr wahres Gesicht zu verbergen.

Darüber hinaus plant die Vereinigung MN in der „Nationalen Bewegung“ aufzugehen, die sich wiederum zu einer faschistischen Partei entwickeln soll und darauf abzielt, so ins Parlament zu gelangen. Gleichzeitig kommt es im ganzen Land zu Übergriffen auf Personen und Projekte, die sich dem braunen Mob entgegenstellen.

Die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und der problematische Wohnungsmarkt – diese sozialen Unruhen in allen Ländern nutzt die radikale Rechte zu ihren eigenen Gunsten. Sie versuchen vor allem die verunsicherten Bürger*innen auf ihre Seite zu ziehen, um sie von radikal autoritären neofaschistischen Ideologien zu überzeugen. So versucht es unter anderem auch die NPD in Deutschland, sowie auch die ONR, die polnische Jugend und die NOP in Polen.

Im Angesicht der Gefahren, die diese Gruppierungen und ihr Handeln mit sich bringen, ist antifaschistisches Engagement von Gruppen und Bündnissen von besonders großer Bedeutung. Ein solches Bündnis ist „Porozumienie 11 listopada“. Tagtäglich wirken wir in vielen sozialen Netzwerken. Wir beschäftigen uns mit Mietproblemen, Problemen am Arbeitsplatz, Frauenrechten und den Rechten anderer diskriminierter Gruppen. Wir versuchen gegen soziale Ungerechtigkeit und Machtmissbrauch an zu kämpfen. Die antifaschistische Idee eint uns alltäglich. Gemeinsam beobachten wir die Entwicklung von radikal rechten und neofaschistischen Tendenzen in Polen und wirken ihr aktiv entgegen.

Es finden drei große aufeinander aufbauende Aufmärsche der radikalen Rechten in unserem Teil Europas statt. Am 10.11 der Aufmarsch der NPD in Frankfurt (Oder), am 11.11. der Aufmarsch der NOP in Wrocław, sowie am 11.11. der von der ONR und MW organisierte Aufmarsch in Warschau. Wir rufen alle Antifaschist*innen, alle Menschen, die der Wiederkehr der radikalen Rechten auf die Straßen unserer Städte nicht tatenlos zusehen wollen, dazu auf, an den besagten Tagen auf die Straßen zu gehen.

Derzeit sind schon zwei Massenproteste vorbereitet:

Nicht lange fackeln – Nazis blockieren!

Unter diesem Titel hat das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ einen Aufruf verfasst, der wie der Titel es schon erahnen lässt, das Vorhaben am 13. Februar in Dresden deutlich benennt. Wenn Vertreter der Ideologie der Ungleichwertigkeit, alte und neue Nazis, Geschichtsrevisionisten und Revanchisten in Dresden ihren sogenannten „Trauermarsch“ abhalten wollen, wird dieser Marsch wie in den letzten Jahren durch viele Menschen blockiert werden.

Mit einer Aktivierungskonferenz startete das nun verstärkt regional aufgestellte Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ am 12. Oktober 2012 die Mobilisierungskampagne für den Februar 2013. Der Pressesprecher von „Dresden-nazifrei“ Silvio Lang fasst die Konferenz mit den Worten zusammen: „Wir betrachten die Aktivierungskonferenz als Auftakt für die Kampagne 2013 und bereiten uns bereits jetzt auf alle möglichen Szenarien vor. Wir laden besonders die Menschen in und um Dresden ein, bei dem geplanten Naziaufmarsch im Februar 2013 mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen und diesen zu blockieren.

Aus dem Aufruf:

Auch nach den erfolgreichen Blockaden der letzten Jahre gilt es weiterhin, aufmerksam zu bleiben. Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“, wird wieder einschreiten, falls Nazis am 13. Februar 2013 erneut versuchen, die NS-Geschichte zu verklären. Bisher wurden die Kampagnen umfassend europaweit unterstützt. 2013 liegt die Verantwortung mehr denn je in Dresden. Unsere Strategie bleibt dabei das Erfolgskonzept der Blockade. Umfragen (DNN, 19.6.12) zeigen: Die große Mehrheit der Stadtbevölkerung befürwortet es, wenn wir Nazis in Dresden blockieren.

Fasst Mut: Stellen wir uns gegen Rassismus und Geschichtsrevisionismus! Stoppen wir die Nazis in dieser Stadt weiterhin gemeinsam!

Dem großen Engagement tausender Antifaschist_innen steht bis heute staatliche Repression entgegen. Immer noch laufen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, noch immer werden neue Strafbefehle erstellt. Diese Kriminalisierung erwächst aus der Extremismusdoktrin, welche antifaschistisches Engagement mit Naziaktivitäten gleichsetzt. Diese Ideologie ist umso skandalöser vor dem Hintergrund des Versagens des sogenannten Verfassungsschutzes und weiterer staatlicher Institutionen. Antifaschismus dürfen wir nicht dem Staat überlassen! Wir [das Bündnis] stehen weiterhin zusammen gegen jeden Versuch autoritärer Einschüchterung.

Sagen, was man tut und tun, was man sagt – dadurch war das Handeln des Bündnisses „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ die letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Wir wollen auch im Februar 2013 jeden Aufmarschversuch der Nazis blockieren. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern. „Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Und es bleibt auch dabei: Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, Blockaden sind legitim. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Jens Thöricht ■

SPENDET! Erfolgreiche Blockaden und staatliche Repressionen kosten Geld. Daher die Bitte an Alle, die das Anliegen und die Arbeit des Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ finanziell unterstützen wollen und können, spendet an: Empfänger: Bund der Antifaschisten e.V. / Konto: 7431721010 / BLZ: 85095004 / Volksbank-Raiffeisenbank Meißen / Kennwort: Dresden Nazifrei

---

Das antifaschistische Bündnis „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)“ ruft zu Massenblockaden gegen die antipolnische Demonstration der NPD am 10.11. in Frankfurt (Oder) auf. Gemeinsam unter dem Motto: “Uns trennt nicht Nationalität, uns eint der Kampf gegen den Faschismus!“, werden deutsche und polnische Antifaschist*innen die Nationalisten und Neofaschisten blockieren.

Das antifaschistische Bündnis „Porozumienie 11 listopada“ ruft zu einer großen und starken Demonstration am 11. November in Warschau auf.

Die Demonstration hat sich zum Ziel gesetzt, das Gesicht der radikalen Rechten in Polen zu entblößen und will auf die antifaschistische Tradition im Land aufmerksam machen, ganz unter dem Motto: „Gemeinsam gegen Faschismus und Nationalismus!“.

Als „Porozumienie 11 listopada“ solidarisieren wir uns mit den Blockierer*innen in Frankfurt (Oder) und sind überzeugt davon, dass sie den Aufmarsch der Nazis in die Knie zwingen werden! Während die deutschen und polnischen Antifaschist*innen den Aufmarsch der deutschen Neonazis blockieren, versucht die polnische radikale Rechte mit den deutschen Nationalisten im Rahmen von nationalistischen Netzwerken Kontakte zu knüpfen. Erst vor kurzem nahmen beide gemeinsam an dem rechten Festival „Magyar Sziget“ in Ungarn teil.

In den vergangenen Jahren wurden bereits Aufmärsche der national-radikalen Rechten am 11.11. in Warschau blockiert, und das trotz großer Gewaltbereitschaft von Seiten der Rechten. Die Blockaden waren äußerst wirksam, was vor allem den Hunderten von Menschen zu verdanken ist, die aus den verschiedensten Teilen der Gesellschaft an ihnen teilgenommen haben.

Lasst uns der radikalen faschistischen Rechten die Luft nehmen!

Warte nicht, bis sie an deine Tür klopfen!

Wir laden zur Teilnahme an antifaschistischen Aktionen auf die Warschauer Demonstration und die Frankfurter Blockade.

Uns trennt nicht Nationalität, uns eint der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus!

Fußball gegen Nazis – Kicks und Klicks für Fairplay

Toleranz, Fairness und Respekt sind auch im Fußball elementar für den Umgang miteinander. Deshalb haben Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie in diesem Sport nichts verloren. Leider gibt es nach wie vor entsprechende Vorfälle in den Stadien und drumherum.

Die Auswüchse rund um die Fußball-Europameisterschaft 2012, die wieder sichtbareren organisierten Nazis in den Bundesligastadien in den vergangenen Monaten wie auch tagtägliche Vorfälle bei Amateur- und Jugendkicks zeigen deutlich, wie wichtig eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit ist.

Doch gute Projekte müssen oftmals aus finanziellen Gründen eingestellt werden. Ideen, Erfahrungen und Ergebnisse gehen so verloren. Was fehlt, ist ein Ort, an dem diese gesammelt und zur Diskussion, Motivation und Nachahmung öffentlich gemacht werden.

Wir möchten nun einen solchen Ort schaffen. Einen Ort, an dem durch eine kontinuierliche Berichterstattung und rege Diskussionen noch mehr Menschen zum Engagement für Toleranz, Fairness und Respekt im Fußball ermutigt werden sollen.

Dieses Portal soll

- über Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie im Fußball und über Initiativen gegen diese Formen der Diskriminierung informieren,
- Interessierten die Möglichkeit bieten, über Erfahrungen mit diesen verschiedenen Formen von Diskriminierung im Fußball zu diskutieren und sich mit Menschen auszutauschen, die sich dagegen engagieren,



- Ratsuchenden anhand von Fallbeispielen in einem Forum konkrete Tipps und Handlungsvorschläge bieten,
- mehr Menschen zum Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie und für Toleranz, Fairness und Respekt im Fußball ermutigen.

Wir wollen deshalb

- allen interessierten Nutzern eine Plattform zur Diskussion rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer, sexistischer und homophober Vorfälle und Erscheinungsformen im Fußball bieten,
- mit Hilfe interaktiver Tools Aktiven und Interessierten die Möglichkeit bieten, sich regional und themenspezifisch zu vernetzen,
- durch Einbindung Prominenter das Bewusstsein dafür schärfen, wie wichtig die Bekämpfung solcher Diskriminierungsformen ist,
- Ergebnisse aus dem Online-Projekt später in gedruckter Form verbreiten.

Wir grenzen uns dabei ab von Personen und Organisationen

- die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung befürworten,
- die selbst rassistische, antisemitische oder andere menschenverachtende und undemokratische Denkmuster transportieren.

Träger

- Das Portal „Fussball-gegen-Nazis.de" ist ein Projekt der Amadeu Antonio Stiftung,
- gefördert durch die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius,
- arbeitet in enger Kooperation mit dem Portal „Netz-gegen-Nazis.de"

Medien- und Kooperationspartner

Koordinationsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend .• Show Racism the Red Card – Workshops für Kinder und Jugendliche gegen Rassismus und Diskriminierung • Goal.com Deutschland • Fußball-Woche • Aktion Libero – Sportblogs gegen Homophobie im Fußball • No Dice Magazine • Publikative.org • Laut gegen Nazis

Wir freuen uns über weitere Unterstützer und Kooperationspartner!

Quelle: Ian Stenhouse/ No Dice Magazine Redaktion FGN am 22.11.2012

Zusammen gegen Faschismus und Nationalismus!

Erklärung des Bündnisses „Porozumienie 11 listopada

Quelle: http://kein-ort-fuer-nazis.org 06.11.2012 ■

Mit Hakenkreuz-Tattoo und Basebalschläger in Rosenheimer Biergarten

Rosenheim (ig) Bereits vor einem Monat, am Samstag, den 20.10.2012 fand in Rosenheim das Fußballspiel des TSV 1860 Rosenheim gegen die U21 des TSV 1860 München statt. Unter Berufung auf einen Artikel der „Löwenfans gegen Rechts" [1] (LfgR) weist die *infogruppe rosenheim* nun auf neonazistische Aktivitäten nach dem Regionalliga-Spiel hin und fragt, warum der neonazistischen Vorfall bisher nicht öffentlich thematisiert wurde.

Die antifaschistischen Löwenfans berichten auf ihrer Homepage, sie seien in einem Rosenheimer Biergarten auf Neonazis mit Hakenkreuz-Tattoo und Baseballschläger getroffen: „Vor dem Biergarten hatten sich zwei Jugendliche aufgebaut, einer davon mit einem Baseballschläger bewaffnet und im »Kategorie C« [2]-Shirt, der andere mit Hakenkreuz-Tattoo auf der Brust." Nachdem ihnen ein Platz am Tisch der LfgR verwehrt wurde, „streiften die Jugendlichen um den Biergarten herum und versuchten immer wieder die Löwenfans im Biergarten zu provozieren. Mittlerweile hatten sich auch zwei weitere Kameraden zu ihnen gesellt." Offensichtlich hatte der Inhaber die Nazis der Wirtschaft verwiesen und die Bedienungen die Polizei gerufen. Nach Angaben der Löwenfans „umstellte die Polizei das Gebäude, in das die Nazis sich geflüchtet hatten und nahm den Kameraden mit dem Tattoo fest. Die Personalien der Löwenfans im Biergarten wurden aufgenommen".

Nach Einschätzung der LfgR dürften die Neonazis aus der Region Rosenheim stammen. Auf Nachfrage der infogruppe teilte ein Aktivist mit: „Bei den beiden Nazis handelte es sich definitiv um keine Münchner Nazis oder sonstwie bekannte

Einweihung des Denkmals über die ermordeten Sinti und Roma am 24. Oktober 2012 in Berlin

Rede von Romani Rose, Zentralrat der Sinti und Roma

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident, Herr Bundestagspräsident, Frau Bundeskanzlerin, Herr Regierender Bürgermeister, Herrn Staatsminister, sehr geehrter Herr Graumann, lieber Zoni Weisz, lieber Dani Karavan, und Ihnen allen, dass Sie heute teilnehmen an der Einweihung dieses Denkmals. Sie erweisen damit unseren Menschen die Ehre und den Respekt vor ihrem Schicksal. Ich danke den Überlebenden, die heute hierher gekommen sind. Unsere Gedanken sind bei denen, die nicht bei uns sein können.

Mit der Einweihung dieses Denkmals für die über 500 000 im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas gedenken wir der Opfer des Völkermords. Zugleich erinnern wir an dieses jahrzehntelang verdrängte Menschheitsverbrechen.

Es gibt in Deutschland keine einzige Familie unter den Sinti und Roma, die nicht unmittelbare Angehörige verloren haben – dies prägt unsere Identität bis heute. Die ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis entziehen sich noch immer dem Verstehen. Sie begannen mit Ausgrenzung und Entrechtung, und sie endeten mit Massenmord in den Vernichtungslagern, in denen Sinti und Roma gemeinsam mit den Millionen anderer Opfer litten. Ich begrüße an dieser Stelle den Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Herrn Heubner.

Sinti und Roma wurden allein aufgrund ihrer vorgeblichen Rassenzugehörigkeit, ihrer bloßen biologischen Existenz ausgesondert und unterschiedslos ermordet, alte Menschen ebenso wie Kinder.

Dieses Denkmal neben dem Reichstag, in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor und zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ ist Ausdruck der Verpflichtung, Antiziganismus ebenso wie Antisemitismus zu ächten.

Es gibt aber in Deutschland und in Europa einen neuen, zunehmend gewaltbreiten Rassismus gegen Sinti und Roma. Dieser Rassismus wird nicht nur von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen getragen, sondern er findet immer mehr Rückhalt in der Mitte unserer Gesellschaft.

Gerade der heutige politische und juristische Umgang mit rechtsextremer Gewaltideologie stellt einen Prüfstein dar, ob und welche Lehren wir aus Krieg und Holocaust gezogen haben. Es gibt heute vor allem im Internet massive Aufrufe zur Gewalt gegen Juden, gegen Sinti und Roma; der Mordserie der sogenannten NSU fielen zehn Menschen zum Opfer. Dieser Rassismus richtet sich vordergründig gegen unsere Minderheit, tatsächlich aber richtet er sich gegen unsere Demokratie und unsere demokratischen Werte. Hier genügen keine Verbote – die Ächtung jedweder Gewalt muss in der ganzen Gesellschaft Platz greifen.

Als 1980 eine Gruppe von Sinti und Roma, darunter fünf Überlebende des Holocaust, im ehemaligen Konzentrationslager Dachau in einen Hungerstreik traten, um auf die Tatsache des Völkermordes und seine jahrzehntelange Verleugnung in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam zu machen, konnte sich niemand von uns vorstellen, dass es einmal ein solches Denkmal geben würde.

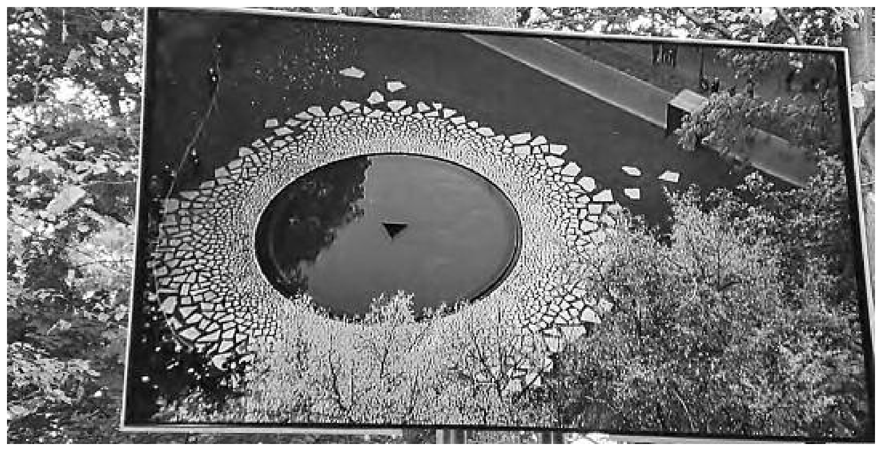
Bis dahin waren die Überlebenden ausgeschlossen von jeder moralischen, rechtlichen und politischen Entschädigung; erst 1982 wurde der Holocaust an Sinti und Roma durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt.

Dieses Denkmal, das wir heute einweihen, ist auch ein Ergebnis der langen Auseinandersetzung mit der Geschichte von Sinti und Roma in Deutschland.

Ich danke Ihnen, Frau Bundeskanzlerin Merkel, und der Bundesregierung sowie Ihnen, Herrn Regierender Bürgermeister Wowereit, und der Berliner Landesregierung für die Fertigstellung dieses Denkmals. Mein besonderer Dank gilt Ihnen, Herrn Staatsminister Neumann. Sie haben dieses Denkmal zu Ihrer persönlichen Angelegenheit gemacht. Mein Dank geht an die vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für ihr langjähriges Engagement; stellvertretend für die vielen, die ich hier nennen sollte, danke ich Angelika und Manfred Lautenschläger.

Vor allem aber geht mein Dank an unsere Holocaust-Überlebenden. Ihre unermüdliche moralische Unterstützung hat entscheidenden Anteil daran, dass das Denkmal nach einer über zwanzigjährigen Auseinandersetzung verwirklicht wurde. Es ist bedrückend, dass viele von ihnen den Tag der Eröffnung nicht mehr miterleben können.

Insbesondere danke ich Dani Karavan, der sich mit den Opfern und ihrem Leid auseinandergesetzt hat, und dessen Kunstwerk uns Raum gibt, der unzähligen Opfer zu gedenken. Ich danke Santi-



Das Mahn- und Erinnerungsmal liegt auf einer stillen Lichtung zwischen Bäumen und Büschen im Tiergarten nicht weit vom Gebäude des Reichstags. Dort erblickt der Besucher ein mit Steinplatten umsäumtes kreisrundes Becken, in das in der Mitte eine dreieckige steinerne Stele eingelassen ist. In der Aufsicht erinnert sie an den Winkel auf der Kleidung der KZ-Häftlinge. Darauf liegt jeweils eine frische Blume. Ist sie verwelkt, versinkt die Stele in der Tiefe, um sich aber wieder emporzuheben, so dass sie mit einer neuen Blume versehen werden kann: Symbol der Zeit, des Lebens, der Trauer, der Erinnerung.
Umgeben ist die Skulptur mit einer „Chronologie des Völkermords an den Sinti und Roma“. Auf dem Rand des Brunnens kann der Besucher auf Romanes, Englisch und Deutsch das Gedicht „Auschwitz“ des italienischen Rom Santino Spinelli lesen: „Eingefallenes Gesicht/erloschene Augen/kalte Lippen/Stille/ein zerrissenes Herz/ohne Atem/ohne Worte/keine Tränen“.
Schöpfer des Kunstwerks ist der israelische Künstler Dani Karavan, der in den 1980er Jahren in Köln den Heinrich-Böll-Platz vor dem Ludwig-Museum, über der Philharmonie und nahe Dom und Rhein mit der Skulptur „Ma'alot“, mit „Granit, Gußeisen, Ziegelsteinen, Eisen und Schienen, Gras und Bäumen“ als Ort der Erinnerung an Deportation und Vernichtung der jüdischen Minderheit gestaltete.
(http://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/denkmal-fuer-die-ermordeten-sinti-und-roma/dani-karavan.html)

Entnommen: nevipe – Nachrichten und Beiträge aus dem Rom e.V., Köln, www.romev.de

no Spinelli, der Worte gefunden hat für das Unsagbare und die Dani Karavan in dieses Denkmal aufgenommen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Denkmal verbindet für uns Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es steht zugleich für eine besondere, aus dem Holocaust resultierende Verantwortung für die Sinti und Roma in Deutschland und in Europa. Untrennbar damit verknüpft ist der eindeutige Auftrag an Politik und Gesellschaft, künftig die Rechte unserer Minderheit zu wahren und ihre Würde und Sicherheit zu garantieren.

Wir verbinden mit diesem Denkmal die Hoffnung, dass der Holocaust an den Sinti und Roma Teil des historischen Gedächtnisses unseres Landes wird. Dass es in Deutschland für alle Menschen eine gemeinsame Kultur der Humanität und der gegenseitigen Anerkennung gibt, in der die Würde des Menschen, wie es unsere Verfassung verspricht, der höchste Maßstab jeglichen Handelns ist.

Romani Rose
www.sintiundroma.de ■

Ihre ganz persönlichen Eindrücke schildert Elisabeth Klesse, die mit einigen Vorstandsmitgliedern an den Einweihungsfeierlichkeiten teilnahm

Es waren alle da, die bei solchen Anlässen zu erscheinen haben – und noch ein paar mehr: der Bundespräsident, der Bundestagspräsident und sein Vertreter, die Kanzlerin, der Staatsminister für Kultur und Medien, der Oberbürgermeister von Berlin, Vertreter der Fraktionen, aller Kirchen und großen Religionsgemeinschaften, der Architekt und der Künstler. Dazu die eigentlichen Hauptpersonen: mehr als 100 Überlebende und ihre Angehörigen.

Wir hörten einen Auszug aus Ferenc Snetbergers Concerto „In memory of my people"; danach wurden kurze prägnante Reden gehalten, politisch-korrekt, subjektiv, rückblickend, aufrührend, eine sogar ein wenig aufmüpfig.

Der überflüssige Satz: „Die Toten werden nicht wieder lebendig" (Angela Merkel); der einzige provozierende „In Deutschland hat sich seit damals fast gar nichts geändert!" (Zoni Weisz, niederländischer Überlebender des Holocaust, der d i e Rede des Tages hielt: anrührend, leidenschaftlich, mitreißend).

Die Veranstaltung war voller Würde und Feierlichkeit. Die Teilnehmenden waren bewegt und voller Emotionen. Nur einer störte: Ein Rom, der die Kanzlerin lautstark fragte, was denn mit den Roma geschähe, die abgeschoben werden sollten. Und diese Störung war wichtig. Denn die aktuelle politische Situation der Roma wurde zwar von einigen Rednern angesprochen, Frau Merkel aber schwieg…

– zur unsäglichen Asylmissbrauchsdiskussion, die zeitgleich mit der Einweihung des Denkmals (nicht nur) von Innenminister Friedrich betrieben wurde
– zur Abschiebepraxis im reichsten Land Europas
– zum Leben am Rande der Gesellschaft in allen europäischen Ländern, das die meisten Roma führen
– zur ungelösten Bleiberechtsfrage
– zur neuen Rassismuswelle

… und verpasste so, die Glaubwürdigkeit ihrer Gedenkrede mit eindeutigen, weiterführenden, die Sache der Roma und Sinti unterstützenden politischen Aussagen (und Handlungen) zu untermauern.

alle bleiben! übergab der Kanzlerin einen diesbezüglichen Brief. (http://www.alle-bleiben.info/news/info-news111.htm)

Am Abend wurden einige junge Romni, die nach einem Gedenkkonzert auf dem Weg zur U-Bahn waren, von dieser Wirklichkeit eingeholt. Passanten, die ihre Gespräche mit Holocaust-Überlebenden mitbekamen, reagierten mit den Worten: „Wir brauchen einen zweiten Holocaust. Euch muss man ausrotten."

Ein Lichtblick: Die Bürgerrechtsarbeit geht weiter. Am Tag „danach" wurde die Stiftung Hildegard Lagrenne, Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland gegründet. Sie will durch Bildungsförderung und durch die Bekämpfung von Diskriminierung und Antiziganismus einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen von Sinti und Roma, insbesondere der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leisten.

Das Sensationelle: eine Stiftung ausschließlich VON und FÜR Sinti und Roma!

Elisabeth Klesse ■

Fortsetzung von Seite 5

Nazis aus München (…) sondern um Nazis aus dem Rosenheimer Umland. Der Baseballschläger des einen Nazis wurde konfisziert da der Verdacht besteht, dass mit diesem Straftaten verübt wurden." Nach dem die Lokalpresse nicht über diesen Vorfall berichtete, und auch in Polizeimeldungen nur über Lappalien wie die „Verletzung eines Kindes an einem Spielplatz" in Kiefersfelden und über sechs geklaute Lose am Rosenheimer Bahnhof zu lesen ist, fragt die *infogruppe rosenheim* ob der neonazistischen Vorfall bisher verschwiegen wurde, und, wenn ja, warum. Dazu Michael Kurz von der *infogruppe rosenheim*:

„Es wäre ein weiterer Skandal, wenn die Polizei neonazistische Vorfälle in Rosenheim verschweigen würde. Neonazistische Umtriebe müssen unserer Meinung nach offen problematisiert werden und dürfen nicht unter den Teppich gekehrt werden."

[1] Bericht 1860 Rosenheim – 1860 München II vom 21.10.2012; http://lfgr60.de/wp/?p=255

[2] Ultra rechte Hooliganband aus Bermen. In den vergangenen Jahren konnten geplante Konzerte der Rechtsrockband in Oberbayern (8. Oktober 2011 & 5. November 2011 in Halsbach, sowie 22. Mai 2010 in Ruhpolding) u.a. durch antifaschistische Intervention verhindert werden.

Pressemitteilung der infogruppe rosenheim vom 20.11.
www.infogrupperosenheim.tk ■

Rechtsextremer Durchmarsch bei Burschenschaften

„Nach dem Durchmarsch offen völkischer Burschenschaften auf dem Stuttgarter Burschenkongress lässt sich die völlige Dominanz der Rechtsextremen innerhalb des Verbandes nicht länger ignorieren", so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, nach dem außerordentlichen Burschentag am Samstag in Stuttgart. Jelpke weiter:

„Ein Antrag auf Unvereinbarkeit mit verfassungsfeindlichen rechtsextremen Vereinigungen scheiterte in Stuttgart, über den Ausschluss von rechtsextremen Burschenschaften wie der selbst vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten Münchner Burschenschaft Danubia durfte gar nicht erst abgestimmt werden. Die Forderung über einen Ariernachweis als Mitgliedschaftskriterium wurde nicht etwa abgeschmettert, sondern einer Kommission zur Beratung übertragen. Den Vorsitz der Deutschen Burschenschaft im Geschäftsjahr 2013 liegt bei der ultrarechten Wiener akademischen Burschenschaft Teutonia, die sich offen für das ‚völkische Wesen' einsetzt.

Die Frage ist, wie lange die Bundesregierung noch bei ihrer mehrfach auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE bestätigten Haltung bleiben will, wonach es sich bei der Deutschen Burschenschaft um eine ‚demokratische Studentenorganisation' handelt."

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.

Rechtsextreme unterschiedlicher Schattierungen machen gegen Homosexuellen-Ehe mobil

Die geplante Legalisierung der Homosexuellenehe in Frankreich entfesselt Leidenschaften. Allerdings nicht allein die der Partnerinnen und Partner, und auch keineswegs nur positive. Hass und Intoleranz zählen zu jenen Emotionen, die derzeit starken Ausdruck im öffentlichen Raum finden.

Am vorletzten Samstag, den 17. November 12 demonstrierten zunächst über 70 000 Menschen in Paris, und zwischen ein- und zweihunderttausend in ganz Frankreich, gegen das Vorhaben. Unter ihnen katholische Kirchenmitglieder, Abgeordnete der bürgerlichen Rechten und auch einzelne „Dissidenten" der Linksparteien. Dabei blieben die Inhalte jedoch relativ vage. Es wurde „allen Kindern eine Mutter und ein Vater" gewünscht und ansonsten betont, man sei beileibe nicht homophob, sondern habe lediglich vor allem konkrete Bedenken bezüglich der Adoption von Kindern durch künftige homosexuelle Ehepaare.

Richtig wüst wurde es dann am Sonntag, den 18. November d.J. Dieses Mal folgten knapp 10 000 Personen in Paris einem Aufruf aus der katholischen extremen Rechten, vom „Institut Civitas". Letzteres hatte im Oktober und November 2011 in Paris durch wochenlange Aktionen – in Gestalt von Demonstrationen, Kundgebungen und Aufführungsstörungen – gegen ein in seinen Augen „blasphemisches" Theaterstück auf sich aufmerksam gemacht. (Die Veranstalter vom 18. November gaben die Teilnehmerzahl mit „20 000" an, und die Polizei ihrerseits mit „9000". Laut Zählung des Verfassers dieser Zeilen kann man gesichert von 8000 bis 9000 Demonstranten ausgehen. Und zwar auf folgender Grundlage: An einem fixen Punkt, der Ecke Boulevard Saint-Germain und Boulevard Raspail, dauerte der Vorbeimarsch des Demonstrationszugs von 16.07 bis 16.37 – 16.38 Uhr, also genau dreißig Minuten. Aufgrund von Baustellen an der fraglichen Stelle war der Demonstrationszug dort gezwungen, auf relativ engem Raum zu laufen, und war deswegen gut überschaubar sowie gleichmäßig breit. Pro Reihe konnten zehn Demonstrant/inn/en durchgehen, und aufgrund des relativ kompakten Charakters des Zuges kamen pro Minute meistens 30 Reihen durch. Dies ergäbe alle zehn Minuten 3000 Teilnehmer/innen. Allerdings kam der Demozug ab und zu für eine halbe Minute ins Stocken, so dass die Gesamtzahl knapp unter den 9000 liegen dürfte.)

Der Sonntag Nachmittag zieht sich zäh in die Länge, verbringt man ihn mit der Betrachtung solchen Treibens. Am Spätnachmittag wird es dann noch kurz amüsant: Nun schwenkt eine Horde johlender Achtjähriger auf den Boulevard Saint-Germain ein, umgeben von einem christlich-fundamentalistischen Demoblock mit monarchistischen und rechtskatholischen Fahnen. Sie rufen: „Erste, zweite, dritte Generation – wir sind alle Kinder - von Heteros!" Eine geklaute und zweckentfremdete Parole, im Original lautet sie nämlich: „Wir sind alle Kinder von Einwanderern"... Ich erlaube mir, die Umstehenden auf dem Trottoir ironisch zu fragen: „Hm, wissen die überhaupt, was das bedeutet?" Prompt droht mein bulliger Nebenmann mir Schläge an, mit den Worten: „Ich habe schon einige Typen auseinandergenommen!" Ich ziehe es kurzfristig vor, dem Zug woanders zu folgen.

Zuvor hatten beim Auftakt der Demonstration bereits mehrere Menschen Prügel bezogen. Ukrainische Feministinnen der Gruppe „Femen", die sich seit einigen Wochen in Paris aufhalten (wo sie Trainingslager für feministische Aktivistinnen eröffneten) und ihren international berühmten Oben Ohne-Protest auch am Rande des Demo-Auftakts durchführten, wurden zusammengeschlagen. Ebenso die sie begleitende und besonders feindlich gegen religiöse Fundamentalisten aller Couleur eingestellte Journalistin Caroline Fourest, nachdem sie erkannt worden war. Einer ukrainischen Aktivistin wurde ein Zahn ausgeschlagen, und sie weist Prellungen am ganzen Oberkörper auf. Antifaschist/inn/en konnten später unter den Schlägern ein Mitglied des Ordnerdiensts des Front National (FN) im Raum Saint-Denis, nördlich von Paris, namentlich identifizieren.

Fünf verschiedene rechtsextreme Gruppierungen sind sichtbar in der Demo vertreten:

• der **Parti de la France** – PdF („Partei Frankreichs", die im Februar 2009 gegründete Partei von Ex-FN-Generalsekretär Carl Lang), mit einem kleinen Transparent und mehreren über die Demo verstreuten Schildern;
• der Mouvement national républicain – MNR („Nationale republikanische Bewegung", hervorgegangen aus einer größeren Abspaltung vom FN im Jahr 1999 unter damaliger Führung von Bruno Mégret, welcher sich seitdem aus dem aktiven politischen Leben zurückzog), mit einem eigenen Mini-Block im Schlussteil der Demo;
• die neonazistischen Jeunesses nationalistes – JN („Nationalistische Jugend", entstanden 2011 unter Führung von Alexandre Gabriac, bis dahin jüngster Regionalparlamentarier des FN - im Alter von 21 – in Lyon; er wurde damals aufgrund von Facebook-Fotos mit Hitlergruß aus der Partei geworfen) - sie bildeten mit gut fünfzig sehr kurzhaarigen jungen Männern den Schluss der Demo;
• die monarchistische Action française, mit einem erstaunlich jungen und teilweise weiblichen Demonstrationsblock;
• der katholisch-nationalistische Renouveau français. Er läuft hinter einem Transparent mit einem selbstgebastelten Symbol her, das ungefähr einem Hakenkreuz ähnelt, von dem zwei Haken im Uhrzeigersinn, jedoch zwei im Gegenuhrzeigersinn ausgerichtet sind (sich also entgegenstehen). Zwischen die beiden diagonalen Balken des merkwürdigen Kreuzes ist dabei noch ein Stab senkrecht hindurch gesteckt.

Auf ihrer Transparenten liest man etwa: „Frankreich braucht Kinder, nicht Homos!" , beim Renouveau français. Oder „Nein zur Homofolie!" (beinahe gleichlautend wie „Homophobie", aber abgeleitet von folie = Verrücktheit) beim Institut Civitas. Gerufen wird unter anderem: „Frankreich will Jobs, keine Homo-Ehe!", „Frankreich will einen Präsidenten – der die Kinder schützt" oder auch „Eine Ehe, das ist – ein Mann – eine Frau!"

Ferner ist auch ein Block der Elus contre le mariage homosexuel (also der „Parlamentarier" oder „Mandatsträger gegen die Homo-Ehe") zu erkennen. Bei näherem Hinsehen erblickt man sieben Gewählte, die eine blau-weiß-rote Schärpe – als Erkennungszeichen der Mandatsträger/innen – über die Schulter tragen. Dabei erkenne ich zuerst Jacques Bompard, den seit 1995 amtierenden rechtsextremen Bürgermeister des südfranzösischen Orange (erst Front National, dann Mitglied der rechtskatholischen Kleinpartei MPF – „Bewegung für Frankreich", später der den „Identitären" nahe stehenden Kleinpartei Ligue du Sud). Er amtiert seit Juni 2012 auch als einer von drei rechtsextremen Abgeordneten in der französi-

schen Nationalversammlung – neben Gilbert Collard und Marion Maréchal-Le Pen, beide für den FN gewählt – und hat sich in jüngerer Zeit wieder an den Front National angenähert. Kurz darauf identifiziere ich auch Marie-Claude Bompard, Bürgermeisterin des südfranzösischen (und Orange benachbarten) Städtchens Bollène, Ehefrau von Jacques Bompard.

Die Hauptpartei der extremen Rechten, der Front National, hatte nicht offiziell zu der Demonstration vom 18. November aufgerufen, aber ihren Mitgliedern die Teilnahme ausdrücklich offen gelassen. Marine Le Pen hatte dazu erklärt, es könnten auch problematische Dinge gerufen werden, mit denen die Partei als solche dann nicht identifiziert werden solle. Daneben ging es ihr in Wirklichkeit sicherlich auch darum, Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Partei – etwa zwischen katholischen Fundamentalisten und solchen Mitgliedern, denen religiöse Fragen relativ gleichgültig sind – zu unterbinden.

Ihr ehemaliger Vizepräsident Bruno Gollnisch nimmt daran teil; er war bei der innerparteilichen Wahl zum Vorsitz im Winter 2010/11 durch den katholischen Fundamentalistenflügel gegen die „ideologische Modernisiererin“ Marine Le Pen unterstützt worden. Er demonstriert mit einer Schärpe in blauer Farbe mit. Ebenso, er wie er auch bereits beim Demozug vom Vortag (17 November) dabei war, dessen Grundlagen insgesamt „moderater“ ausfielen. Bei diesem fanden sich auch viele Parlamentarier der stärksten Oppositionspartei UMP.

Am 13. Januar 2013 soll, zwei Wochen bevor der Gesetzentwurf (am 29. Januar nächsten Jahres) ins französische Parlament kommt, eine neue Demonstration diesmal Hunderttausende anziehen. Dazu rufen bereits Kirchenkreise, bürgerliche Konservative, aber etwa auch die monarchistische Webseite LafauteaRousseau („Rousseau ist schuld“) aktiv auf. Man wird abwarten müssen, ob konservative und rechtsextreme Mobilisierung dann etwa zusammenfließen. Ähnlich, wie dies auf der Straße zuletzt bei den Großdemonstranten von März bis Juni 1984 zur Verteidigung der katholischen Privatschulen der Fall war.

Bernard Schid, Paris ■

Copé „gewählt“:

Frankreichs Konservative auf Rechts-Rechts-Kurs; und möglicherweise vor Spaltung

Der französische Comiczeichner Marc Reiser schuf in den 1970er Jahre eine Figur, die Furore machen würde: Auf Deutsch wurde sie unter dem Namen „der Schweinepriester“ bekannt. Im französischsprachigen Original nennt man sie le gros dégueulasse, also ungefähr „das dicke Ekelpaket“. Auf Jean-François Copé trifft diese Bezeichnung sicherlich nicht zu. Allerdings vor allem deswegen nicht, weil ihm mangels Körperfülle das äußerliche Format dafür fehlt. Und, natürlich, ja klar, nach außen hin beherrscht der Mann sicherlich auch ein paar gute Manieren.

Andere kulturelle Referenzen fielen der französischen Presse in diesen Tagen ein. „JR ist tot, aber Dallas geht weiter“ titelte am Montag (26. November 12) die Pariser Tageszeitung Libération. Vergangene Woche verstarb der Schauspieler Larry Hagman, der lange Jahre den Film-Fiesling John Ross Ewing verkörperte. Der linksliberalen Zeitung geht es dabei jedoch nicht um eine eventuelle Fortsetzung der TV-Serie über eine Stadt in Texas, die von 1978 bis 1991 in den USA lief, sondern um die stärkste Oppositionspartei in Frankreich. Ihr neuer Chef – ob er sich nun auf Dauer halten kann oder nicht -, Jean-François Copé, ist dabei für die Rolle des fiesen Charakters prädestiniert.

Seit nunmehr anderthalb Wochen herrscht bei der UMP ein heilloses Chaos. Es ist das Ergebnis des Versuchs, durch erstmalige demokratische Urabstimmung aller Mitglieder – welche am 18. November stattfand – einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Zur Auswahl standen zwei Kandidaten, die die statutarischen Hürden für eine Bewerbung nehmen konnten. Beide wollen laut eigenen Angaben jeweils ziemlich genau 50 Prozent der Stimmen erhalten haben. Doch Copé beansprucht einen Vorsprung, der angeblich 94 Stimmen beträgt. Von 150 000 abgegebenen Voten, was der Hälfte der offiziellen Mitgliederzahlen entspricht.

Von beiden Seiten hagelt es seitdem Betrugsvorwürfe. Das Problem ist, dass sie wahrscheinlich in beiden Fällen begründet sind. Den größeren Anteil an Betrugsmanövern dürfte dabei jedoch Copé zu verantworten haben, da er bislang den Apparat beherrschte: Bis zur Abstimmung vom 18.11.2012 amtierte er als Generalsekretär der konservativ-wirtschaftsliberalen und zum Teil aus Rassisten bestehenden Partei. In der Nachfolge Nicolas Sarkozys, des bis dahin letzten Vorsitzenden (nach seinem Wechsel in den Präsidentenpalast im Mai 2007 blieb die UMP zunächst ohne Parteivorsitzenden, sondern erhielt lediglich einen Sekretär an der Spitze), verwaltete er so die Geschicke der Parteistrukturen. Und so konnte er auch in entscheidendem Ausmaß die Bedingungen, unter denen die Wahl stattfand, diktieren. Eine wichtige Ausnahme bilden dabei jedoch jene Parteibezirke, die – wie jener von Nizza – durch regionale „Barone“ aus dem Umfeld François Fillons angeführt wurden. Dort fand die Manipulation der Abstimmung mutmaßlich in gegenläufiger Richtung statt.

Als Generalsekretär der Partei hatte Copé zudem etwa 14 Tage vor den Abstimmung den Chef der Schiedskommission (Commission des recours), die über etwaige innerparteiliche Streitigkeiten – etwa auch über Wahlergebnisse – zu entscheiden hatte, ausgetauscht. Und durch einen getreuen Gefolgsmann ersetzt. Dies garantiert von vornherein die „richtigen“ Entscheidungen. Und so kam es zu der bemerkenswerten Situation, dass die Schiedskommission vergangene Woche gleichzeitig erklärte, es seien ganze Stimmbezirke (besonders in Überseefrankreich, d.h. etwa auf den Antillen oder französischen Karibikinseln) bei der Auszählung „vergessen“ worden, deren Ergebnisse zugunsten von Fillon zu Buche geschlagen hätten – aber das Gesamtergebnis sei nicht antastbar. Die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen, die mit ihrer Schadenfreude nicht hinter dem Berg hält („die UMP ist tot und vorbei“), konnte deswegen vor laufenden Kameras spotten: „Aha, wir wurden also die letzten Jahre hindurch von Leuten regiert, die bislang nicht wussten, dass Überseefrankreich auch zu Frankreich dazu gehört!“

Seit diesem Montag, den 26. November 12 spitzt sich der Streit nun noch zu. Denn der unterlegene Chefkandidat und frühere Premierminister – von 2007 bis im Mai 2012 – François Fillon kündigte an, den Ausgang der Wahl gerichtlich anzufechten. Am Montag Mittag tauchten auch schon die Gerichtsvollzieher auf und beschlagnahmten die Unterlagen dazu. Zuvor war am Sonntag ein „Vermittlungsversuch“ durch den früheren Premierminister der Jahre 1995-1997 und Ex-Außenminister (2011/12) Alain Juppé restlos gescheitert. Die Kontrahenten hatten sich ergebnislos getrennt.

Als letzte mögliche Vermittlungsinstanz bleibt nun noch Nicolas Sarkozy. Ihm wird zwar von quasi allen Seiten unterstellt, dass er rechtzeitig vor der Präsidentschaftswahl 2017 als „Retter“ auf die politische Bühne zurückkehren wolle, nachdem er im Mai d.J. seinen Rückzug von derselben verkündet hatte. Aber eben „nicht zu früh“. Ferner wurde ihm bislang unterstellt, dass er ein bisschen Chaos und ein bisschen Unfähigkeit seitens der aktuellen Führungsleute der UMP durchaus ganz gerne sehe, bliebe ihm doch so die Statur der „einzigen Zufluchtsperson“

Abschaffung der Residenzpflicht in Hessen

– ein kleiner Riss in dickem Beton!

Zur Meldung, dass es nach einer Kabinettsentscheidung in Hessen zur Abschaffung der Residenzpflicht, eines rassistischen Sondergesetzes, kommt, erklärt Barbara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Nach jahrelangem Ringen ist es eine sehr gute Nachricht: Endlich wird die von Beginn an unsägliche Residenzpflicht auch in Hessens aufgehoben. Diese Regelung, nach der Asylsuchende unter Strafandrohung zum Aufenthalt in Wohnortnähe gezwungen waren, gibt es nur in Deutschland. Ich hoffe, die Residenzpflicht fällt nun endlich auch auf Bundesebene.“

Mit Verwunderung habe DIE LINKE die Darstellung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Greilich (FDP) aufgenommen, so Cárdenas, wonach es sich um den Erfolg „alter liberaler Traditionen“ handele.

Cárdenas: „Diese Tradition muss so alt sein, dass sich kein Mensch mehr daran erinnern kann. Die FDP-Landtagsfraktion hat jedenfalls keinen erkennbaren Beitrag geleitstet, sondern im Gegenteil die zahlreichen Initiativen der Opposition konsequent niedergestimmt.

O-Ton Greilich: „Wir haben in Hessen im Rahmen dessen, was derzeit möglich ist, alles ausgeschöpft, was auszuschöpfen ist (…) es funktioniert, ohne dass wir etwas ändern müssten.“ (Protokoll Innenausschuss, 20. Januar 2011, TOP ‚Abschaffung Residenzpflicht‘)

Cárdenas verwies zudem darauf, dass sich die Landesregierung nun für eine Abschaffung der Residenzpflicht auf Bundesebene stark machen solle. „Wenn die Landesregierung nach Jahren zu einer besseren Einsicht gelangt, dann freut es mich umso mehr, wenn diese bessere Einsicht auch auf Bundesebene gelten würde.“

Quelle: Pressemitteilung linksfraktion-hessen 20.11.2012 ■

Portugal: Verschärfung des Einwanderungsrechts

Eine am 8. Oktober in Kraft getretene Reform des portugiesischen Einwanderungsgesetzes sieht die Abschiebung straffällig gewordener Ausländer sowie weitere Verschärfungen im Ausländer- und Einwanderungsrecht vor. Bei einer Verurteilung zu Haftstrafen von mehr als einem Jahr werden die Aufenthaltsgenehmigungen für Zuwanderer nicht mehr verlängert und eine Abschiebung angeordnet. Zudem werden die Beschäftigung von Ausländern, die ohne gültigen Aufenthaltsstatus in Portugal leben, unter Strafe gestellt, der Familiennachzug erschwert (vgl. Ausgabe 8/12) und sogenannte Scheinehen stärker verfolgt. Die Reform wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten (PSD, liberal-konservativ) und Konservativen (CDS-PP) verabschiedet. Hintergrund sind die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und die steigende Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2011 wanderten etwa 150 000 Portugiesen in andere EU-Staaten sowie nach Brasilien aus.

Quelle: Migration-info.de November 2012 ■

Antifa-Woche der IG Metall Wolfsburg

Vom 4. bis 9. November 2012 veranstaltete die IG Metall Wolfsburg ihre 8. AntiFa-Woche. In verschiedenen Veranstaltungen setzte sich die Gewerkschaft mit Intoleranz, Rassismus und Nationalismus in der Geschichte und aktuell auseinander und diskutierte Handlungsperspektiven.

Im Rahmen der AntiFa-Woche hatte der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, Giovanni Pollice, die Gelegenheit die Arbeit des Kumpelvereins auf einer Sitzung des IG-Metall-Vertrauensleutekörpers vorzustellen. Vor rund 400 Vertrauensleuten erinnerte Giovanni Pollice daran, dass der Kumpelverein eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland ist: „Bis heute sind die Gelbe Hand und der Verein ‚Mach meinen Kumpel nicht an!‘ vielen ehren- und

Fortsetzung von vorheriger Seite

erhalten. Aber derzeit dürften ihm die Konflikte doch gar zu weit gehen. Zumal der UMP nunmehr ernsthaft eine Spaltung droht, denn die Anhänger François Fillons liebäugeln bereits mit der Vorstellung, eine eigene Parlamentsfraktion (außerhalb derer der UMP) zu gründen. Ein Gedanke, dessen Durchführung auch zu einer handfesten Finanzkrise der Partei führen müsste.

Hinter dem „Spiel“ stehen strategische Differenzen

Hinter den Streitparteien stehen dabei auch unterschiedliche strategische Optionen zur Zukunft der französischen Konservativen. An anderer Stelle widerspiegelten sie sich am Freitag, den 23. November in einer Umfrage des Instituts BVA: Je 50 Prozent der Anhänger der UMP sind demnach dafür, mit der vor kurzem neu gegründeten liberalen Mitte-Rechts-Partei UDI von Jean-Louis Borloo zu kooperieren – oder mit dem rechtsextremen Front National (FN).

Der frühere Umweltminister Borloo lancierte am 21. Oktober die UDI („Union der Demokraten und Unabhängigen“), um jene Anhänger der vormaligen Regierungspartei UMP anzuziehen, die ihren starken Rechtsruck im Wahlkampf 2011/12 nicht mitmachen wollten. Für diesen allenthalben konstatierten Rechtsruck – französisch la droitisation – zeichnet konzeptuell Sarkozys früherer Berater Patrick Buisson verantwortlich; er war in den 1980er Jahren Chefredakteur der früheren rechtsextremen Wochenzeitung Minute. Er unterstützt derzeit – Copé.

Vor dem Hintergrund der Trümmerlandschaft, welche die UMP derzeit abgibt, wirbt die UDI derzeit täglich rund 1000 neue Parteigänger an, oft ehemalige UMP-Mitglieder. Dies behauptet Borloo jedenfalls im Rundfunkinterview bei Radio France Inter (am 26.11.12). Aber während der Spielraum für die Ex-Regierungspartei zwischen UDI und Front National allmählich enger wird, tendiert ein Teil der UMP gleichzeitig eher zur letztgenannten Option.

Die Inhalte, die letztere Option ermöglichen könnten, vertritt dabei Jean-François Copé. (Auch wenn er bislang, ähnlich wie Nicolas Sarkozy im Zeitraum 2007-2012, eher die Wähler des FN gewinnen als sich mit dessen Parteiapparat verbünden möchte. Aber jüngste Veröffentlichungen belegen, dass auch diese Linie schnell brüchig werden kann. In einem soeben neu erschienen Buch über die Präsidentschaftswahl 2012 schreiben die beiden Journalisten Ludovic Vigogne und Eric Mandonnet, im Beraterstab Sarkozys sei damals in Erwägung gezogen worden, Marine Le Pen das Innenministerium vorzuschlagen, doch sei diese Überlegung dann wieder verworfen worden.)

Im September 12 stieg Copé in den innerparteilichen Wahlkampf ein, indem er in einem passend dazu erschienen Buch aus seiner Feder (La droite décomplexée, ungefähr „Die selbstbewusste Rechte“) gegen „antiweißen Rassismus“ wetterte. Er reihte bei seinen Reden Anekdoten aneinander, die die Bösartigkeit von Einwanderern belegen sollen. Sprichwörtlich in französischen Medien wurde seine – reichlich unbewiesene – Story über Kinder, die sich im Pausenhof „ihr Croissant klauen lassen müssen, weil Ramadan ist“. In satirischen Medien wurde die Zote inzwischen zum Gespött des Jahres. Copé rief auch zu den rechten Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe vom 17. November d. J. mit auf. Bleibt er im Amt, möchte er künftig Radau-Rassisten und Krawallkonservative öfters auch auf die Straße rufen. *Bernard Schmid, Paris* ■

hauptamtlich Aktiven aus DGB und Einzelgewerkschaften nicht allein Begriff sondern zugleich gutes Beispiel für das gewerkschaftliche Engagement gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit Rechtsextremismus und für die Gleichstellung von Menschen in der Arbeitswelt.“ Und der Kumpelverein ist die einzige Organisation, die das Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit den Gewerkschaften zusammen im Bereich der Arbeitswelt bearbeitet. Giovanni Pollice rief die Vertrauensleute der IG Metall bei VW Wolfsburg auf, die Arbeit des Kumpelvereins zu unterstützen: „Wenn wir in einer weltoffenen und von Akzeptanz geprägten Gesellschaft leben wollen, dürfen wir uns nicht nur auf den Staat verlassen, sondern müssen selbst aktiv werden. Hierzu gibt es keine Alternative.“

http://www.gelbehand.de

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt November 2012“ 20.11.2012 ■

EKD veröffentlicht Materialheft zum Tag der Menschenrechte 2012

Unter dem Titel „Ohne Ansehen der Person. Der Schutz vor Rassismus als menschenrechtliche Aufgabe“ hat das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wieder ein Materialheft zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember veröffentlicht.

Mit der Publikation, die an alle evangelischen Kirchengemeinden verschickt wird, wird auf leicht verständliche Weise das Thema Rassismus in seinen verschiedenen Facetten dargestellt. Ein Jahr nach der Aufdeckung der fremdenfeindlich motivierten Mordserie des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ ist die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft in Deutschland immer noch bedrückend weit verbreitet. Unabhängige Recherchen gehen von mehr als 180 Todesopfern rassistisch motivierter Gewalt aus.

„Dabei ist Rassismus eine Ausformung von diskriminierenden Einstellungen, die weit über die Frage der Hautfarbe hinausgehen“, heißt es dazu in der Einleitung des Materialheftes. In der Diskussion um Rassismus werde daher immer öfter der Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ verwendet. Diese Bezeichnung sei besonders „im kirchlichen Rahmen hilfreich, denn im Namen des Menschensohnes haben gerade Christinnen und Christen die Pflicht, sich solchen menschenfeindlichen Haltungen entgegenzustellen. Dabei sind wir selbst nicht immer frei von Vorurteilen und Ressentiments gegenüber bestimmten Gruppen. Es ist der unangenehme Teil der Aufgabe, sich dieser Vorurteile bewusst zu werden und zu überwinden, damit alle Menschen in Würde leben können. Ob hier bei uns oder anderswo in der Welt,“ so Oberkirchenrat Thorsten Leißer vom Kirchenamt der EKD. Das Materialheft bietet eine Vielzahl von Texten, Gebeten und einen Predigtentwurf, mit dem Kirchengemeinden ermutigt werden, das Thema in einem Gottesdienst rund um den 10. Dezember aufzunehmen. Es wurde in Kooperation mit verschiedenen evangelischen Landeskirchen, Aktion Sühnezeichen, Pro Asyl, dem Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, sowie mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und dem Hildesheimer Zentrum für Qualitätsentwicklung im Gottesdienst erarbeitet.

Das Heft kann kostenlos beim Kirchenamt der EKD, Tel. 0511-2796-407 oder per E-Mail: menschenrechte@ekd.de, bestellt werden. Im Internet steht es zum Download bereit.

Quelle: Pressestelle der EKD Hannover, 29. Oktober 2012 ■

Richterspruch mit Signalwirkung: „Kopftuchurteil“

Das Arbeitsgericht Berlin verurteilte einen Zahnarzt zu 1.470 Euro Strafe, weil er einer jungen Frau den Ausbildungsplatz als Zahnarzthelferin in seiner Berliner Praxis verweigerte, und das aufgrund ihres Kopftuchs. Darin sah das Gericht einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) (Az.: 55 Ca 2426/12).

Die junge Muslima hatte den Arzt verklagt, weil er sie auf Grund der Tatsache ablehnte, dass sie auch während der Arbeit ihr Kopftuch tragen wolle, nicht auf Grund ihrer Qualifi kation. Dieser muss ihr nun drei Monatsgehälter Schadensersatz zahlen.In der Erklärung des Gerichts, das auf Grundlage des AGG argumentiert, heißt es: „Das AGG ist hierbei der Versuch eines gesellschaftlichen Erziehungsprogramms.“ Dieses solle im Kern dem menschlichen Grundübel Xenophobie entgegenwirken. Weiter heißt es: „Die Frau mit Kopftuch gilt als unemanzipiert und rückständig. Dabei ist sie in Wahrheit nicht verkehrt, sondern nur anders.“ Im beinahe philosophischen Abschluss der Begründung erklärt das Gericht, dass die Klägerin außerdem ein Mensch unter dem Schutz des Gesetzes sei. Das Urteil stammt aus dem März 2012, wurde jedoch erst jetzt bekannt. Der Verurteilte verzichtete auf Berufung.

Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB), der die Klägerin unterstützte, begrüßte das Urteil. „Es soll Menschen, die Diskriminierung erfahren, ermutigen, sich zur Wehr zu setzen.“, betont die juristische Mitarbeiterin des TBB, Eva Maria Andrades.

Auch Christine Lüders, die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, begrüßt das Urteil des Gerichts: „Das ist ein Urteil mit Signalwirkung. Es stellt klar, dass Frauen wegen ihrer religiösen Überzeugungen nicht beim Zugang zur Beschäftigung diskriminiert werden dürfen.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt November 2012“ 20.11.2012 ■

Delegation vom Flüchtlingsstreik in Göttingen

– Fast 400 Menschen trotz Regens auf der Straße

Am Samstag, den 10.11. demonstrierten fast 400 Menschen in Göttingen, um ihre Solidarität mit den protestierenden Flüchtlingen in Berlin zu zeigen. Im März diesen Jahres begann in Würzburg ein Flüchtlingsstreik nach dem Suizid eines Lagerbewohners. Um ihren Protest zu unterstreichen, haben die Flüchtlinge die Lager verlassen und sind mit einem 600 km langen, gemeinsamen Protestmarsch von Würzburg nach Berlin gezogen. Seit Oktober protestieren die Flüchtlinge nun in Berlin u.a. gegen die Unterbringung in Lagern, die Residenzpflicht, das Asylbewerberleistungsgesetz sowie für ein sofortiges Bleiberecht. Dort haben sie ein Protestcamp errichtet. Immer wieder befinden sich einige von ihnen im Hungerstreik.

Einige der Protestierenden aus Berlin waren am Wochenende in Göttingen zu Besuch und nahmen an der Demo teil. Sie berichteten über die teils schwierigen Bedingungen, unter denen sie protestieren. Es wird ihnen u.a. von der Polizei untersagt, sich auf ihre Rucksäcke zu setzen, und diese werden ihnen abgenommen.

„Wir sind sehr erfreut über die breite Unterstützung und das starke Zeichen der Solidarität“, erklärte eine Sprecherin. „Allerdings darf es nicht beim heutigen Tag belassen werden – insbesondere die zahlreich drohenden Abschiebungen, wie die Sammelabschiebungen am 13. und 15.11. nach Serbien und Kosovo, fordern weiterhin unseren Widerstand“

In Redebeiträgen und auf Transparenten wurde immer wieder die Abschiebepolitik in Deutschland und in Niedersachsen kritisiert.

Am Sonntag besuchten die Protestierenden aus Berlin einige Flüchtlinge in den Unterkünften im Rosenwinkel, neuer Weg und in Grone Nord. Sie diskutierten über ihre Situation in Göttingen, die Abschaffung der Gutscheinpraxis und der Residenzpflicht und überlegten gemeinsame Strategien, um in Zukunft ein menschenwürdiges Leben zu erreichen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niederachsen 12.11.2012 ■

Stellungnahme zu Sonderverfahren für Asylsuchende

Eine Mitarbeiterin der Flüchtlingsorganisation „Fluchtpunkt“ wird Ende November nach Nürnberg zum Bundesamt reisen, um dem Protest gegen das absolute

Direktverfahren, welches zur Zeit für serbische und mazedonische Staatsangehörige angewendet wird, Ausdruck zu verleihen. Der Hamburger Arbeitskreis Aufenthalts- und Asylrecht im RAV hat gestern beschlossen, dies durch eine Stellungnahme der Anwaltschaft zu unterstützen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit großer Sorge nehmen wir als Anwaltschaft zur Kenntnis, dass das für serbische und mazedonische Staatsangehörige angewendete „absolute Direktverfahren" wesentliche Verfahrensrechte der Betroffenen aushebelt.

Durch die Vorgehensweise, die Schutzsuchenden schon am Tag der Antragstellung anzuhören, ist es ihnen nicht möglich, geeignete Nachweise über ihre Antragsgründe, z.B. das Vorliegen von Krankheiten, vorzulegen. Da es sich größtenteils um Angehörige des Volkes der Roma handelt, welchen der Zugang zu der Gesundheitsversorgung in ihren Herkunftsstaaten in der Regel verwehrt bleibt, können sie keine geeigneten Dokumente mitbringen. Auf Grund der Tatsache, dass die Schutzsuchenden häufig Wohnungs- und mittellos sind, sind sie gezwungen und rechtlich dazu verpflichtet, den Antrag in Deutschland unmittelbar nach ihrer Einreise zu stellen, so dass auch hier keine Dokumente erlangt oder übersetzt werden können. Das Fehlen von Nachweisen hat in fast allen uns bekannten Fällen eine Ablehnung der Anträge als „offensichtlich unbegründet" zur Folge. Eine sinnvolle anwaltliche Vertretung ist auf diese Weise sowohl vor als auch nach der Antragstellung auf Grund des stark verkürzten Rechtsweges kaum möglich.

Vor dem Hintergrund, dass die äußerst schwierigen Lebensbedingungen für Angehörige des Volkes der Roma in den genannten Herkunfsstaaten seit Jahren bekannt sind und diese in vielen Einzelfällen zur Feststellung von Abschiebungshindernissen führen können, stellt die Vorgehensweise eine unzulässige Beschneidung des Rechtswegs dar. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass ihnen der ihnen zustehende Schutz faktisch verwehrt bleibt.

Wir als AnwältInnen verwehren uns dagegen, Teil einer solchen Abschreckungsstrategie auf Kosten der AntragstellerInnen zu sein. Wir fordern eine Prüfung der Schutzbedürftigkeit im Einzelfall, die einem Rechtstaat gerecht wird.

Hamburger Arbeitskreis Aufenthalts- und Asylrecht im RAV
Quelle: RAV e.V. 21.11.2012 ■

Flüchtlingsunterbringung und Situation syrischer Staatsangehöriger

Bei seiner 34. Sitzung debattierte der Landtag die Unterbringung von Flüchtlingen und Migrant_innen in Sachsen-Anhalt. Grundlage bildete die große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sommer diesen Jahres an die Landesregierung zur „Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten in Sachsen-Anhalt" (Drucksache 6/1176) Mit der Antwort der Landesregierung (Drucksache 6/1356) wurde das Thema besprochen.

Zu diesem Thema hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag für eine „menschenwürdige dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt" eingereicht (Drucksache 6/1581). Dieser sah u.a. vor, dass der Landtag die Landesregierung auffordere, „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Asylsuchende in Sachsen-Anhalt dezentral in Wohnungen untergebracht werden", und das Aufnahmegesetz dahingehend zu ändern. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ein Alternativantrag der Fraktionen CDU und SPD formulierte daraufhin, dass Menschen, „für die eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit einer besonderen Härte verbunden ist", eine dezentrale Wohnungsunterbringung erfolgen soll. Dazu gehören Familien und Alleinstehende mit Kindern. (Drs. 6/1607) Dieser Antrag wurde mit mündlicher Änderung beschlossen.

Die Fraktion begründete ihre Ablehnung dieser Beschlussvorlage damit, dass „er lediglich den unbefriedigenden Status Quo im Bundesland bekräftigte und hinsichtlich dezentraler Unterbringung keine neuen Aspekte enthielt".

Ein weiterer Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Situation der syrischen Staatsangehörigen in LSA. Bereits vorher war von verschiedenen Seiten auf die Dringlichkeit der Unterstützung von v.a. syrischen Studierenden und Akademiker_innen angesichts der politischen Konfliktlage in Syrien hingewiesen worden.

Ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insbesondere die syrischen Studierenden zu unterstützen, einen Abschiebestopp nach § 60a Abs. 1 AufenthG sowie Staatenlose zu erlassen, den Betroffenen nach Ablauf von sechs Monaten eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG zu erteilen und das Rückübernahmeabkommens mit Syrien zu beenden wurde abgelehnt. (Drs. 6/1414)

Der Antrag von DIE LINKE sah eine Aufforderung des Landtags an die Landesregierung vor, Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen und sich für ein Aufnahmeprogramm bei der Bundesregierung einzusetzen. Drs. 6/1416

Der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport Drs. 6/1568 wurde zugestimmt.

Quelle: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt 21.11.2012 ■

Refugee Protest goes „IMK versenken"

Der Kampf der Geflüchteten geht weiter

Wir tragen unseren Protest zur Innenminister_innen Konferenz nach Rostock!
Vom 5. bis zum 7.12.2012 tagen in Rostock die Innenminister_innen der Bundesländer und der Bundesinnenminister. Sie sind unmittelbare Entscheidungsträger_innen der deutschen Asyl- und Migrationspolitik, sie sind unter anderem verantwortlich für menschenrechtswidrige Abschiebungen, Zwangsunterbringung in Lagern und Residenzpflicht. Trotz jahrelanger Forderungen vieler Flüchtlingsinitiativen nach einer zumutbaren Unterbringung, Abschaffung diskriminierender Gesetze und einer kompromisslosen Umsetzung der Menschenrechtenrechte, bestehen in Deutschland weiterhin postkoloniale Gesetze zur Reglementierung und Diskriminierung der Geflüchteten. Und trotz der anhaltenden Proteste der Geflüchteten in verschiedenen Städten Deutschlands, des Protestmarsches von Würzburg nach Berlin, des Hungerstreiks am Brandenburger Tor, dem Protest Camp am Oranienplatz in Berlin und der Solidarisierung Tausender in Deutschland und weltweit mit den Forderungen der Geflüchteten sind letztere nicht Programm der Innenminister_innen Konferenz! Wir fordern die Innenminister_innen auf, ihr Programm zu ändern und folgendes zu beschließen: Die Abschaffung der Residenzpflicht, die Abschaffung der Zwangsunterbringung in Lagern und den sofortigen Stopp aller Abschiebungen!

In Solidarität unterstützen wir die Forderungen der „Bleiberechtsdemo" am 5.12.2012.

Wir schließen uns außerdem den Forderungen der Bündnisdemo „IMK versenken" am 1.12.2012 an, welche die deutsche Innenpolitik generell ablehnt und im Speziellen den Verfassungsschutz und alle anderen Repressionsinstitutionen:

Wir fordern, dass der Verfassungsschutz spätestens nach dem desaströsen Umgang und der Begünstigung von rassistischen Morden im Zusammenhang mit dem NSU aufgelöst und abgeschafft wird. Außerdem fordern wir die Abschaffung aller Gesetze und Maßnahmen, die Menschen daran hindern, ein Leben ihrer Wahl in Solidarität mit allen anderen zu führen und sich politisch dafür zu engagieren. Wir fordern die sofortige Beendigung jeglicher Überwachung und Repression gegen emanzipatorische politische und soziale Bewegungen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die Arbeit des Verfassungsschutz und der Repressionsorgane in genau dem selben gesellschaftlichen Gesamtkontext steht wie

Abschiebepraxis und Diskriminierungen. Das Problem heißt nach wie vor Rassismus. Es ist tief verankert in der Gesellschaft. Es drückt sich aus in einer Spannbreite von rassistischen Vorurteilen, über Flüchtlingspolitik, bis zu Brandanschlägen und Morden. Es hat seine Wurzeln in der kolonialen und faschistischen Vergangenheit Deutschlands. Die Innenminister_innen tagen in dieser Tradition. Wir rufen daher auf: Kommt zu den Demonstrationen gegen die Innenminister_innen Konferenz in Rostock!

IMK versenken:
1.12.2012 um 15 Uhr, Rostock Hauptbahnhof

Bleiberechtsdemo: 05.12.2012 um 17 Uhr, Rostock Hauptbahnhof

Quelle: ARI DOKUMENTATION im NewYorck, ari-berlin-dok@gmx.de 21.11.2012 ■

Demonstration gegen Rassismus und Polizeigewalt

Unter dem Motto „Break the Silence" hat die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh ihr einwöchiges Camp vor der Dessauer Staatsanwaltschaft errichtet. Mit dieser Belagerung wollen wir unserer Forderung an die Behörden Nachdruck verleihen, endlich ihr Schweigen zu brechen über das, was sich am 7.1.2005 im Dessauer Polizeirevier zugetragen hat. Solange die Richterin und der Staatsanwalt weiterhin einfach über alle Widersprüche in den Zeugenaussagen hinweggehen und die Frage nach der Todesursache von Oury Jalloh ausblenden und in Richtung Selbstmord lenken, können die Polizist_innen weiter lügen und das Verbrechen vertuschen. Die Dessauer Behörden wollten die Belagerung zunächst verbieten, das Verwaltungsgericht hat auf den von der Initiative eingereichten Eilantrag jedoch entschieden, dass ein Camp genehmigt werden muss.

Staatsanwalt Preissner hat sich derweil geweigert, das Schreiben der Initiative anzunehmen, das ihm am 12.11. persönlich hätte überreicht werden sollen; er verweigerte sogar jegliches Gespräch. Zum Prozesstermin am 13.11. in Magdeburg ist er auch nicht erschienen. Drückt sich da jemand vor der Öffentlichkeit, der nicht wahrhaben will, dass seine Anklage auf einer immer unwahrscheinlicher erscheinenden These – der vom Selbstmord Oury Jallohs – beruht? Das Innenministerium verweigerte die Entgegennahme des persönlichen Schreibens ebenfalls. Auch hier liegt der Schluss nahe, dass sie sich doch problemlos den Forderungen der Initiative stellen könnten, hätten sie eine weiße Weste.

Der Prozess plätschert unterdessen weiter unter der Parole „Es kann nicht sein, was nicht sein darf". Polizist_innen lügen, die Justizbehörden decken und in diesem Sumpf können Mörder_innen ungeschoren davonkommen. So lehnte die Richterin heute den Antrag von Rechtsanwalt Philipp Napp ab, die „Tatortvideo-Gruppe" (die Gruppe der Beamt_innen, die die Zelle bei Eintritt filmten und deren Videoaufnahme zum Verschwinden gebracht wurde), erneut anzuhören. Auch wurde die Beantragung einer erneuten Untersuchung, ob Brandbeschleuniger benutzt wurde, abgelehnt. Eine Flüssigkeit in der Zelle Nr. 5 wurde, wie Zeugen aussagten, bei verschiedenen Kontrollen vor Ausbruch des Feuers bemerkt. Reiner Alkohol als Brandbeschleuniger sei in allen Apotheken zugänglich und hätte einfach beschafft werden können, so Gabriele Heinecke. „Kommen Sie", forderte sie den Anwalt des Angeklagten Schubert auf „wir kaufen reinen Alkohol, Sie werden sehen, dass sie den in jeder Apotheke kaufen können". Gabriele Heinecke trug in ihrem Antrag nochmals die Fakten zusammen; aus diesen ist abzuleiten, dass sich das Feuerzeug, welches die Staatsanwaltschaft als das Feuerzeug präsentierte, mit dem Oury sich angezündet haben soll, nicht im Brandschutt befunden haben kann. Es weist weder DNA-Spuren noch Faserreste der Matratze auf und kann sich daher nicht in der Zelle befunden haben. Ebenfalls zurückgewiesen hat die Richterin den rechtlichen Hinweis von Staatsanwalt Preissner, gegen den im Dezember 2008 freigesprochenen März Ermittlungen wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge einzuleiten.

Angesichts der Ereignisse ruft die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V. zur **Demonstration gegen Rassismus und Polizeigewalt** am Samstag, den 17.11.2012, ab Hauptbahnhof Dessau auf!

Quelle: Pressemitteilung ari-berlin-dok@gmx.de 15.11.2012 ■

Erstes Fazit nach Naziaufmarsch in Wolgast

Vor nicht einmal einer Stunde haben die Nazis ihren Aufmarsch in Wolgast notgedrungen beendet. Etwa 200 Neofaschist_Innen kamen in die Stadt, konnten aber ihr Ziel – mit Fackeln zum neuen Flüchtlingsheim zu marschieren – nicht erreichen. Das Oberverwaltungsgericht Greifswald verbot einen Aufmarsch in Wolgast-Nord damit musste sich die NPD auf den Süden der Stadt beschränken. Zuvor wurde bereits das Mitführen von Fackeln verboten. Etwa 1200 Menschen blockierten die Nazis an verschiedenen Stellen und sorgten damit dafür, dass die Nazis, die ohnehin mit anderthalb Stunden Verspätung loszogen, gerade einmal knappe 1,5 Kilometer laufen konnten.

Die NPD hatte ihren Aufmarsch bis 22Uhr angemeldet. Verzögerungen beim Start ihres Marsches, sowie mehrere Blockaden in der näheren Umgebung sorgten für gelangweiltes Rumstehen bei den Nazis. Schließlich marschierte die NPD über die Bahnhofsstraße und knickte dann in die Chausseestraße ein, dann war auch schon Schluss. Selbst den Ernst-Thälmann-Platz, wo sie ihre Kundgebung durchführen wollten, erreichten sie nicht.

Die Polizei war relativ friedlich, Bilder von brutalen Polizist_Innen, wie am 20. Oktober 2012, wollte die Einsatzleitung am Jahrestag der Reichspogromnacht wohl nicht produzieren. Die angedrohte Räumung der ersten Blockade auf der Saarstraße wurde nicht durchgeführt, wohl auch weil eine Ausweichroute für die Nazis gefunden wurde. Nachdem der Aufmarsch der Nazis für beendet erklärt wurde, eskortiert die Polizei diese zurück zum Bahnhof. Vereinzelt laufen noch kleinere Gruppen von Rechten durch die Stadt, Vorsicht ist also nach wie vor notwendig!

Die Blockaden in Wolgast waren ein Teilerfolg, konnten die Nazis zum einen nicht unwesentlich wenige Menschen für ihren Aufmarsch mobilisieren, zum anderen konnten sie ein kleines Stück weit marschieren und damit ihre menschenverachtende Ideologie auf die Straße tragen. Wären die Menschen des Lampionumzuges im Norden der Stadt ebenfalls an den Blockaden beteiligt gewesen, hätte die Route der Nazis noch wesentlich kürzer ausfallen können. Dennoch konnte heute ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gesetzt werden. Vorpommern ist eine Hochburg der Neofaschist_Innen. Zu zeigen, dass selbst hier effektiver antifaschistischer Protest innerhalb kürzester Zeit möglich ist, bringt den rechten Hegemonialanspruch auf viele Ortschaften im östlichen Teil des Bundeslandes einmal mehr ins Wanken.

Quelle: http://de.indymedia.org ■



Gutscheine – Diskriminierung bevorzugt!

Die Stadt Göttingen leistet Nachzahlungen aufgrund des BVerfG-Urteils zum AsylbLG in Form von Gutscheinen. Da-

mit hält sie entgegen der Bekundung im Rat, das Gutscheinsystem für Flüchtlinge abschaffen zu wollen, offensiv an diesem diskriminierenden System fest. Asylbewerber und rechtlich Gleichgestellte sind in Deutschland einem Netz staatlicher Schikanen, Verbote und Zumutungen ausgesetzt. Beispielsweise erzwingt ein faktisches Arbeitsverbot die Sozialhilfebedürftigkeit dieses Personenkreises und bedeutete in der Folge eine über viele Jahre hinweg „in der Höhe evident unzureichende" Leistungsgewährung. So festgestellt im Sommer diesen Jahres in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Bekanntlich verfügte das Gericht in diesem Urteil, dass zum einen ab sofort höhere Grundleistungen ausgezahlt werden müssen und dass zum anderen den wenigen Flüchtlingen, die ihren Leistungsbescheid in der Vergangenheit angefochten hatten, rückwirkend Ausgleichszahlungen für die rechtswidrig vorenthaltenen Leistungen seit 2011 zustehen.

Eine weitere rassistische Sonderbehandlung gegenüber Flüchtlingen erfolgt hinsichtlich der Art der Leistungsgewährung. Gemeint ist das sogenannte Sachleistungsprinzip, das zwar in Deutschland überall anders ausgelegt wird, aber in Göttingen seither zur Begründung eines speziellen Gutscheinsystems in Anschlag gebracht wird: Demnach erhalten Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus die ihnen zustehenden Leistungen abgesehen von einem sogenannten „Taschengeld" in Form von aufwendig hergestellten Gutscheinen, die dann beschränkt auf einzelne Warengruppen nur in bestimmten Läden eingesetzt werden können. Obwohl – wie zuletzt auch das BVerfG dokumentierte – „die Mehrzahl der Länder und Kreise" in Deutschland ebendiese Leistungen, die in Göttingen als Gutscheine ausgegeben werden, in Form von Geldleistungen gewährt, behauptet man in Göttingen felsenfest nach der derzeitigen Gesetzeslage gäbe es „keinerlei Handlungsspielraum, Bargeld auszuzahlen". Als Zuckerbrot für die sensibilisierten, kritischeren Stimmen konstatiert man dann gerne, die Gutscheine seien „diskriminierend", „stigmatisierend" und auch noch „teuer", ihre „dauerhafte Anwendung mit der Würde des Menschen nicht vereinbar", nur ändern könne man –leider– nichts, das „Niedersächsische Innenministerium" müsse erst „die Diskriminierungen des AsylbLG aufheben" (sic!). Aber fällt das Innenministerium als Schwarzer Peter aus, dann kann man in Göttingen statt Zuckerbrot natürlich auch Peitsche:

Der Gutscheingruppe ist nun der Fall einer Leistungsempfängerin bekannt geworden, der aufgrund des Urteils des BVerfG rückwirkende Leistungen in Höhe eines hohen dreistelligen Betrages zustehen, kürzlich ausbezahlt von der Stadt Göttingen in Form von bis zum Jahresende gültigen Gutscheinen. Die Frau setzt sich mittlerweile gerichtlich gegen diese –wie hieß es im Stadtrat?– „diskriminierende" und „stigmatisierende" Form der Nachzahlung zur Wehr, die man in Göttingen doch angeblich so gerne abschaffen würde, wäre Hannover nur nicht so streng. Allerdings beurteilt man Nachzahlungen, die sich durch das Urteil des Bundesverfassungsgericht ergeben, im Innenministerium in Hannover durchaus anders: Es handele sich um „eine besondere Sachkonstellation", die die Gewährung von Geldleistungen rechtfertige. Aber nichts desto trotz, die Stadt Göttingen besteht auf Gutscheinen, wieder einmal!

Außerhalb der Stadt, im Landkreis Göttingen sieht man die Sache übrigens anders. Hier werden die Nachzahlungen offenbar als Geldleistung erbracht und in einem Kreistags-Beschluss vom 11.9.2012 heißt es immerhin, man „bitte die Kreisverwaltung, vorhandene Ermessensspielräume (…) zu nutzen", um „verstärkt Barleistungen auszuzahlen". Immerhin! Die Gutscheingruppe rät allen, die ebenfalls Nachzahlungen aufgrund des BVerfG-Urteils in Form von Gutscheinen erhalten haben, rechtlich gegen die Form der Leistungsgewährung vorzugehen. Weiterhin rufen wir zur Teilnahme an der Demonstration „Bargeld statt Gutscheine – Rassistische Sondergesetze abschaffen!" auf, die am Samstag, den 1. Dezember 2012 um 12 Uhr in Hannover stattfinden wird. Das Gutscheinsystem gehört schleunigst abgeschafft: In Göttingen, in Niedersachsen und auch überall sonst, wo es noch angewendet wird!

Gutscheingruppe Göttingen, November 2012

Quelle: Pressemitteilung der Gutscheingruppe Göttingen – arbeitskreis asyl göttingen 16.11.2012 ■

Deutschland: Gericht stärkt Diskriminierungsverbot

Die Polizei darf Personen nicht allein wegen ihrer Hautfarbe kontrollieren. Das hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz nach einem fast zweijährigen Rechtsstreit Ende Oktober entschieden. Menschenrechtsorganisationen loben das Urteil, Kritik kommt von Vertretern der Polizei.

Urteil: Beim Kläger handelte es sich um einen deutschen Staatsbürger mit dunkler Hautfarbe. Er hatte sich auf einer Zugfahrt von Kassel nach Frankfurt am Main im Dezember 2010 geweigert, zwei Bundespolizisten seinen Ausweis zu zeigen. … In der folgenden Diskussion warf der junge Mann den Polizisten „NS-Methoden" vor, weswegen er zunächst selbst wegen Beleidigung vor Gericht gestellt wurde. In dem Strafverfahren hatte ein Beamter ausgesagt, er spreche bei Kontrollen Reisende an, die ihm als Ausländer erschienen, auch wegen ihrer Hautfarbe. Dagegen hatte der Student geklagt, war damit aber vor dem Verwaltungsgericht Koblenz am 28. Februar 2012 gescheitert (Az. 5 K 1026/11.KO).

Die Richter begründeten ihre Entscheidung damals damit, dass er auf einer Bahnstrecke unterwegs gewesen sei, die oft für unerlaubte Einreisen genutzt werde. Hier dürften Beamte „verdachtsunabhängig" kontrollieren. Da aus Gründen der Kapazität und Effizienz nur Stichproben möglich seien, dürften Beamte die Auswahl der Reisenden „auch nach dem äußeren Erscheinungsbild vornehmen". Der Student legte Berufung ein. Denn damit könnte laut Anwalt des Studenten das sogenannte „Ethnic Profiling" legitimiert werden.…

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz in Koblenz erklärte am 29. Oktober die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz für wirkungslos und die Ausweiskontrolle für rechtswidrig (Az. 7 A 10532/12.OVG). Wenn eine schwarze Hautfarbe für Polizisten das einzige oder ausschlaggebende Kriterium für eine Personenkontrolle darstelle, sei dies ein Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot, sagte die Richterin Dagmar Wünsch. Dieser Feststellung stimmten auch die Vertreter der Bundespolizei zu und entschuldigten sich bei dem heute 26-jährigen Studenten.…

Reaktionen: Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Christine Lüders begrüßte den Beschluss. Tahir Della, Vorstandsmitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, sagte: „Polizeikontrollen dieser Art sind kein Einzelfall. Sie beschreiben die Alltagserfahrung vieler Schwarzer Menschen und People of Color in Deutschland. (…) Wir hoffen daher auf ein grundsätzliches politisches Signal durch dieses Urteil." …Das Deutsche Institut für Menschenrechte erklärte, die Bundesregierung sei nun in der Pflicht sicherzustellen, dass die Bundespolizei die bisherige Praxis nicht mehr anwende. … Die Bundespolizei müsse lernen, ihre Aufgaben ohne „Ethnic Profiling" durchzuführen, forderte auch Memet Kiliç, integrationspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. …

Scharfe Kritik kam dagegen von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Man sieht wieder einmal, die Gerichte machen schöngeistige Rechtspflege, aber richten sich nicht an der Praxis aus", sagte der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Die Entscheidung sei zu respektieren, mache die Polizeiarbeit aber nicht leichter.

www.mjv.rlp.de/
www.institut-fuer-menschenrechte.de/

Quelle: Migration-info.de November 2012 ■

Ian Kershaw





DAS ENDE

Der Autor beschreibt und analysiert den Herbst und den Fall des Dritten Reichs. Trotz der zahllosen Niederlagen und Auflösungserscheinungen „funktionierte“ die NS-Diktatur weitgehend bis zum bitteren Ende. Es gab keinen breiten Widerstand, geschweige denn einen Aufstand. Die Befreiung erfolgte von außen. Kershaw legt – in bestechender narrativer Manier- die Gründe dafür dar.

Das Buch setzt mit dem Stauffenberg-Attentat auf Hitler am 20.Juli 1944 ein. Das Scheitern führt zu einer weiteren Radikalisierung des Regimes und zu einer gigantisches Ausdehnung der Repression. Hitler steigert abermals seinen politischen Wahnsinn, greift selbst in taktische Entscheidungen der Militärs ein.

Die Niederlagen nach der Landung der westlichen Truppen in der Normandie bzw. der Offensive der Roten Armee im Osten, verschärft durch die inneren Rivalitäten, den Kompetenzen-Wirrwarr in den staatlichen und Partei-Strukturen erfolgen Schlag auf Schlag. Die „Ardennen-Offensive“ kommt bald zum Stillstand, die „Wunderwaffen“, die das Steuer für die Nazis herumreißen sollen, bleiben aus. Taktische Fehler der Alliierten gewähren den Nazis eine längere Frist. Erst im Mai 1945 ist der höllische braune Spuk definitiv zu Ende.

Trotz des offensichtlichen Niedergangs, den zerbombten deutschen Industrieanlagen, Verkehrswegen und Städten hält sich die Diktatur. Sie bröckelt, aber sie fällt nicht. Für die in Schutt und Asche liegenden Städte laufen – wenn auch bei weitem nicht ausreichende – Hilfsmaßnahmen an. Ebenso werden Gehälter, Stipendien etc. pünktlich ausbezahlt. Die Diktatur hält sich nicht vorrangig wegen der immer mehr um sich greifenden Unterdrückungsmaßnahmen im Inneren!

Hitler genießt weiter – wenn auch deutlich abnehmend – Sympathie, die Kritik richtet sich eher gegen seine „Umgebung“ , die „unfähigen Generäle“ etc. Die ideologische Saat der Nazis (Rassismus, Angst vor den „bolschewistischen Horden aus der asiatischen Steppe“, etc.) geht voll auf. An der Front wird – wenn auch immer weniger enthusiastisch – weitergekämpft. Im Hinterland kümmert man/frau sich ums blanke Überleben. Für Widerstand gibt es kaum Raum.

Am Ende bleibt vom Dritten Reich nur mehr ein dünner Nord-Süd-Streifen über. Aber selbst noch nach dem Selbstmord Hitlers wird unter der „neuen“ Regierung Dönitz weiter gekämpft! Die bedingungslose Kapitulation erfolgt erst am 8.Mai 1945.

Es war ein Bündel von Faktoren, die den Fall so lange hinausschoben. Entscheidend für Kershaw – und ich stimme hier seiner Analyse zu – war die Aufrechterhaltung der STRUKTUREN „charismatischer Herrschaft“ (S.28ff). „Alle Strukturen einer kollektiven Regierung hatten sich seit Beginn des Dritten Reichs und forciert während des Krieges aufgelöst“ (S.538). Mussolini hingegen wurde „im Juli 1943 vom Großen Faschistischen Rat, seiner eigenen Organisation, abgesetzt“(ebd.).

Der Begriff „charismatische Herrschaft“ stammt bekanntlich von Max Weber – ist aber eigentlich schon bei Marx in seiner Analyse des Bonapartismus angelegt.

Hitlers absolute Herrschaft hielt seine Satrapen und „Gold-Fasane“ ideologisch und strukturell fest im Griff. Alles war auf ihn zugeschnitten, es gab keine „Alternativ-Strukturen“. Massenloyalität konnte so lange erzielt werden.

Anders als 1918 entwickelte sich KEINE revolutionäre Situation.

Ein analytischer Einwand soll nicht unerwähnt bleiben. Die kampflose Niederlage der deutschen ArbeiterInnenklasse 1933 durch die verheerende Politik der sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen und die Folgen, die sich daraus für den Widerstand ergaben, werden nicht ausreichend thematisiert. Ebenso, dass es trotzdem im „Altreich“ und in Österreich ArbeiterInnen-Widerstand gegeben hat.

Ich gestehe, das Buch von Kershaw ist faszinierend: Ich habe mit dem Lesen nicht aufhören können und innerhalb eines Tages die Lektüre der Schwarte beendet. Ich kann sie nur wärmstens weiterempfehlen.

Hermann Dworczak

Ian Kershaw DAS ENDE. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45. 2011 Deutsche Verlags-Anstalt München, 702 Seiten

.

„Die Mitte im Umbruch

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung herschienen

Die Studie versucht das Ausmaß und die Verbreitung rechten anti-demokratischen Gedankenguts in der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen und darzustellen. Die seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen „Mitte“-Studien“ belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind.



Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler et al. Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf MelzerVerlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechter Terror? Es war der Verfassungsschutz!

Ein Amtsschild des Bundesamtes für Verfassungsschutz, auf dem der Wortteil „schutz“ durchgestrichen und durch „feinde“ ersetzt wurde: diese treffende Kennzeichnung, der Antifaschist(inn)en ohne weiteres zustimmen können, ziert nicht den Umschlag einer demokratischen Zeitschrift sondern bildet die Titelseite der Novemberausgabe von ZUERST!. Wieder einmal versuchen die Macher des rechten Monatsmagazins sich äußerlich links zu geben. Schaut man aber genauer hin, fliegt dieser Betrugsversuch schnell auf.

Bereits in der Titelgeschichte von BERNHARD RADTKE, ROBERT DIEHL und DORIAN REHWALDT, in der einige Skandale, in die der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst verwickelt war, beschrieben werden, wird zwar die richtige Forderung aufgestellt, „den Verfassungsschutz endlich ersatzlos abzuschaffen“, doch die Argumentation ist originär rechts: „Ein für den Parteienstaat angenehmer Nebeneffekt ist, daß die umstrittene Behördenpraxis rund um das Thema NSU die Dauerpräsenz eines ‚rechten Terrors‘ in den Medien garantiert. Auf diese Weise läßt sich trefflich von den echten Gefahren für unser Gemeinwesen – etwa der galoppierenden Überfremdung oder dem eklatanten Souveränitäts- und Demokratieabbau im Zuge der EU-Zentralisierung – ablenken“. Tief blicken lässt dabei der Ausdruck „Parteienstaat“, der nicht nur an das Nazi-Schlagwort „Systemparteien“ erinnert, sondern auch die Frage aufwirft, welcher Staatsvorstellung die drei Autoren anhängen.

Ins gleiche Horn stößt Dr. MICHAEL VOGT, ein Verschwörungstheoretiker, der laut einer Anzeige in ZUERST! u.a. an folgenden Medien beteiligt war: „Mordanschlag 9/II – Eine kriminalistische Recherche zu Finanzen, Öl und Drogen“ und „Erst Manhattan dann Berlin – messianische Fundamentalisten riskieren den Weltkrieg“. Er behauptet allerdings nicht nur, mit der Berichterstattung über den rechten Terror solle von anderen Problemen abgelenkt werden, sondern legt die Vermutung nahe, die Morde des NSU seien das Werk des Verfassungsschutzes: „Man fokussiert die allgemeine Aufmerksamkeit auf ein konstruiertes Problem, damit die gravierenden Probleme und Gefahren nicht mehr wahrgenommen werden.… Sie meinen, das sei eine größere Verschwörungstheorie als die, daß drei höchstens mittelmäßig intelligente Neonazis jahrelang erfolgreich untertauchen, die Polizei und den Verfassungsschutz – einen Geheimdienst! – an der Nase herumführen und dabei unbehelligt zehn brutale Morde begehen? Und dies unter dem politischen Aspekt der Ausländerfeindlichkeit? Und daß dieser Aspekt nie genannt und nie Gegenstand von Bekennerschreiben wurde?… Gibt es die terroristische Gefahr vielleicht nur, weil unsere Dienste hier ‚wertvolle‘ Unterstützungsarbeit leisten?“.

Außenpolitisch steuert ZUERST! weiterhin einen Kurs der Ostorientierung, der sich gegen EU und NATO richtet. Im Editorial von Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER geht es um die Kriegsgefahr an der türkisch-syrischen Grenze: „Ankara bereitet sich auf einen Angriffskrieg gegen Syrien vor… Wer angesichts der säbelrasselnden türkischen Politik immer noch ernsthaft über einen EU-Beitritt Ankaras diskutieren möchte, dem ist wohl nicht mehr zu helfen. Die Türkei – ohnehin kein europäisches Land – würde den ganzen Kontinent in ihre Konflikte hineinziehen… Aber nicht nur die Verhandlungen über eine türkische EU-Mitgliedschaft sollten endlich gestoppt werden. Auch die Tatsache, daß ein derart aggressives Land wie die Türkei Mitglied der NATO ist, stellt eine Gefahr für den Frieden dar. Denn Ankara gebärdet sich gerade deswegen so aggressiv, weil es den Westen hinter sich weiß… Berlin wäre jedenfalls gut beraten, die eigene deutsche NATO-Mitgliedschaft angesichts der brandgefährlichen türkischen Politik gründlich zu überdenken“. Ochsenreiter schlägt den Sack Türkei, meint aber den Esel Westorientierung der Bundesrepublik. Seine Argumente klingen zwar friedensbewegt oder sogar antiimperialistisch, im Kern geht es aber um eine Politik mit dem Ziel der deutschen Vormachtstellung in Europa.

Das „Sack-Esel-Verhältnis“ findet sich auch im Interview mit Dr. DMITRI MEDOJEW, dem Botschafter der Republik Südossetien in Moskau. Südossetien ist ein Staat, der sich von Georgien gelöst hat und lediglich von vier Staaten völkerrechtlich anerkannt wird. Medojew, der nach dem Überfall georgischer Truppen auf sein Land im Jahr 2008 und deren Zurückschlagung durch die russische Armee gefragt wird, antwortet: „De facto hat Georgien die russischen Truppen heimtückisch und ohne Kriegserklärung überfallen. Somit hat Georgien diesen Krieg vom Zaun gebrochen. Das wird heute übrigens von niemandem mehr bestritten. Wer Georgien dabei unterstützte, ist offenkundig: Die USA, die Ukraine, Israel, die NATO sowie einige europäische Staaten, die früher dem Warschauer Pakt angehörten“.

Wie sich die Leser(innen) von ZUERST! die propagierte Ostorientierung vorstellen, zeigt ein Leserbrief von M. HEINE aus Hannover: „Angesichts des mittlerweile erreichten Stands der Umvolkung, der meines Erachtens kein Gegenangebären mehr zulässt, wünschte ich, Präsident Putin träte nicht nur qua Amt, sondern auch in puncto Anwerbung von Fachkräften in die politischen Fußstapfen Katharinas der Großen. So könnte er all jene deutschen Facharbeiter, Ingenieure, Unternehmer und Wissenschaftler, die sich in der BRD als Euro-, Islam-, Gender- und Parteienkritiker um die Zukunft ihrer Kinder sorgen, in die Exklave Nord-Ostpreußen einladen, um ihnen das Gebiet auf 99 Jahre zu verpachten… In der Folge könnte sich diese deutsch-russische ‚Republik Königsberg‘ als neuer Tigerstaat erweisen, der zugleich das kulturelle Erbe der Deutschen bewahrt. Somit stünde als Gegenentwurf dem Niedergang einer zunehmend sozialistischen BRD der in ihrer Anspruchshaltung vereinten Islamvertreter und Restdeutschen die meritokratische Republik Königsberg entgegen. Ein strategischer Rückzug, der ja keineswegs ausschlösse, sich später das Gebiet seiner Vorfahren zurückzuholen“. Der Begriff „Tigerstaat“ lässt in diesem Zusammenhang nicht nur Assoziationen mit dem Raubtier aufkommen, sondern ebenfalls solche mit dem Tiger-Panzer der Naziwehrmacht. Leicht wäre es, diese Vorstellungen als Spinnerei (die sie mit Sicherheit sind) abzutun. Es fragt sich allerdings, warum die Redaktion einen solchen Brief abdruckt anstatt ihn in den Papierkorb zu befördern?

tri ■

